

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (mit Post 2 RM, halbm. 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich
angehen 0,20 RM. Ist die Adresskarte anschließend an den beigefügten Zeitungsbrief 1,25 RM.
Zurücknahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhof-
straße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer
Verkehr besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Bezugspreis: Die neunmal gepaltene Nonpareilzelle oder deren Raum 0,20 RM. für Familien-
angehen 0,20 RM. Ist die Adresskarte anschließend an den beigefügten Zeitungsbrief 1,25 RM.
Zurücknahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhof-
straße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer
Verkehr besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 25. Januar 1927

Nummer 20

Eingeständnis des Bankrotts Die SPD-Presse über die Pleite der Koalitionspolitik

Berlin, den 24. Januar 1927.

Unerschöpflich sind die Manöver der Zentrumspresse, um den wahren Charakter ihrer Partei vor den Massen zu verschleiern. Die Montagblätter melden, daß Marx die Absicht habe, „mit ungelassenen Händen die Sozialdemokratie heranzuführen“; einmal wie sie zu den vom Zentrum gestellten Fragen stünde, und dann, ab sie bereit sei zusammen mit den Parteien, die diese Fragen bejahen, in die Regierung einzutreten.

Möglichst weit wird Herr Marx diese Fragen nicht an die Sozialdemokratie richten. Es ist aber bezeichnend, daß die Meldung überhaupt auftauchen kann, und daß es durchaus möglich scheint, daß das Zentrum noch diesen „Telemarschflug“ (die tägliche Rundschau schrieb am 23. Januar mit Recht über das Zentrumsmanifest: „Reicht kann es dem Zentrum immerhin nicht gefallen sein, diesen selbst in seiner Geschichte bemerkenswerten Telemarschflug zu machen!“) auszuführen würde, und daß es ebenfalls durchaus möglich und glaubhaft erscheint, man könne der Sozialdemokratie zumuten, sie würde auch diese Fragen noch einmal bis an die Grenze der Selbstauflöserung gehend, beantworten.

Wenn man das Echo der sozialdemokratischen Presse im Hinblick auf die Bildung der Bürgerblockregierung verfolgt, dann bereitet man sich auf noch mehr, wie die Gedanken, die bisherigen Ausführungen auch noch diese Verhöhnung anzufügen, überhaupt aufzutreiben kann. Die sozialdemokratischen Blätter entblöden sich nicht, zum Teil den vollen Wortlaut des Zentrumsmanifests abzuverleihen und zum allergrößten Teil mit Kommentaren zu versehen, deren gemeinläufiger Ton abgestimmt ist auf eine Art Beschönigung an das Zentrum, losgelassen in letzter Stunde auf seine Pflichten als „Linkspartei“ zu besinnen. Einzelne Blätter, wie zum Beispiel die „Schlesische Volkszeitung“, gehen dabei so weit, im Zentrumsmanifest des Zentrums mit seinen klugen Worten, „im klaren Bewusstsein zur Republik, zur Verständigungsfront“ zu sehen und befriedigt „einige warme Gefühlstone...“ manches für eine bürgerliche Partei achtbares Wort“ herauszuholen. Am Tage nach dem entscheidenden Einschwenken des linken Flügels einer gelegentlichen Koalitionspolitik mit der SPD in die Hindenburg-Front, ist es immerhin selbst für die deutsche Sozialdemokratie ein beachtenswertes Vakuumstück.

Und dieses Kunststück wird noch bemerkenswerter, wenn gleichzeitig im Zentralorgan der SPD, im Vorwärts, eine Stimme laut wird, die enthüllt, daß unter den führenden Mitarbeitern dieser Partei einigermaßen Klarheit über die ökonomischen und politischen Hintergründe des „Unfalls“ des Zentrums, der Bildung der Bürgerblockregierung vorhanden ist. Die offiziellen Festsetzungen des sonntäglichen Leitartikels im Vorwärts bejahen sich allerdings mit der kummervollen Prophezeiung, daß „soweit der Augenchein reicht“, das Zentrum sich jetzt doch augenscheinlich in den Bürgerblock hineinmanövriere, und sie werden, wie die gesamte Provinzpresse in einer letzten Beschwörung an den Reichsbannerkämpfer Joseph Wirth, mit einer impliziten Warnung vor der Rebellion der christlichen Arbeiter. Zuletzt aber enthält die gleiche Nummer des Vorwärts einen bemerkenswerten Artikel in der Beilage „Von der Wirtschaftspolitik zur Staatskrise“, aus dem hervorgeht, daß das offizielle Schreibstil nur ein Verlegenheitsprodukt von Bankrotteuren ist, die angesichts der realen Tatsachen den völligen Zusammenbruch ihrer Verräterpolitik erkannt haben. Der angeführte Artikel zeigt eine verhältnismäßig genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Hintergründe der Bürgerblockpolitik. Der Stellungswort der Industrie 4 Monate nach dem Silberbergmandat wird richtig, nicht aus den Reden, sondern aus den Hauptbüchern der Industrie“ erklärt. Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks, die nicht erzielte Verständigung mit der englischen Kohlenindustrie, die getragenen Erwartungen über den Ansehensverlust Englands an das Kohlenkarstell, die Kampfanlage Englands „bis aufs Blut“ um die Märkte, die Stabilisierung der lateinischen Währungen und der Verlust ihrer Dumpingfähigkeit, alles das wird mit Recht für den Umschwung in den Reihen des Schwerkapitals angeführt, das in seinem Kampf um den Weltmarkt, noch dazu im Augenblicke schwerster Konkurrenz zwischen Kali und Chemie, Kohle und Chemie, Zement und „öffentlicher Hand“ im Inland, nur in der weiteren Verschärfung der Ausbeutung und in einer Festigung seiner Machtstellung in der Bürgerblockbildung eben einen Ausweg sah. Um die Schlüsselfrage des Machtkampfes, die völlig unbeschränkte Herrschaft „über den Staat“ handele es sich heute für die Bourgeoisie, meint der Artikel, und deshalb stehe nicht nur die Frage Republik oder Monarchie, sondern die Frage, „ob kapitalistische oder soziale Demokratie“. Es ist nicht wichtig, daß der Reformist, der im Vorwärts diesen Artikel geschrieben hat, den Lesern einreden will, die Entscheidung für den Bürgerblock falle auch, weil die Schwerindustrie erkannt habe, daß der „Wirtschaftsherrschende Geist der Arbeiterschaft droht, den Staat zu erobern, die Machtpositionen des Staates, den sozialen Fortschritt zu sichern, um der sozialen Reaktion so oder so für immer die Türe zu verschließen.“ Wir lassen ihm das traurige Vergnügen, am Tage des Eingeständnisses des reformistischen Bankrotts, dieses Geständnis mit großmütigen Redensarten zu verzieren. Wir halten fest, daß auch der rechte Flügel der deutschen Sozialdemokratie durchaus die Lage übersehen und das Scheitern der sozialdemokratischen Politik einsehen, wenn er es auch nicht zugibt, wenn er auch das reformistische Verbrechen fortsetzen wird, da es für die Verräterpartei keinen Rückweg gibt.

Den verheerenden Geständnissen des Vorwärts reißen sich einige verzeichnenswerte offenere Geständnisse in der „linken“ sozialdemokratischen Presse an. So in den sächsischen Blättern, in der Frankfurter Volksstimme usw. Unter diesen Stimmen sei nur eine festgehalten: Die Frankfurter Volksstimme schreibt:

„Die Politik der Sozialdemokratie kann nun nicht mehr zögern, die Konsequenzen zu ziehen, die ihr die Lage vorschreibt. Die Lage macht freilich nur offenbar, was längst vorhanden war: daß nämlich die deutsche Bourgeoisie mit Ausnahme der Demokraten, auf die man verzichtet, weil man sie nicht nötig hat, im wesentlichen einig ist... Die Politik, die unsere Reichstagsfraktion nach und nach betrieben hat, ist gescheitert. Von der Großen Koalition ist in seinem Stadium der Krise auch nur die Rede gewesen. Der Reichspräsident hat es nicht einmal für nötig gehalten, Vertreter der Sozialdemokratie überhaupt zu empfangen, um sich von ihnen über ihre Wünsche unterrichten zu lassen. Alle Zugeständnisse, selbst das Angebot, eine neue Regierung der Mitte unter weitgehendem Bezugs auf die eigenen Forderungen zu unterstellen, sind also umsonst gewesen. Die Taktik des Behaltens hat nichts genützt. Selbst das größere Uebel, um dessen willen wir so viele kleine geahndet haben, ist eingetreten. Jahrzehntlang hat die Partei fast alle sozialistischen und sehr viele demokratische Notwendigkeiten zurückgestellt, um den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zu verhindern. Sie hat damit nur erreicht, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft derart befestigen konnte, daß der Eintritt der Deutschnationalen sich ohne Schwierigkeiten vollziehen kann. Wir sind mit dieser Politik fast dorthin gekommen, wo wir 1914 waren.“

Ein überzeugenderes, umfassenderes und vernichtenderes Eingeständnis des sozialdemokratischen Bankrotts ist von Sozialdemokraten in Deutschland noch nie ausgesprochen worden. Die Frankfurter Volksstimme fordert im Anschluß an dieses historische Geständnis Rückkehr der Sozialdemokratie zum Klassenkampf, nicht nur zur parlamentarischen Opposition. Wir haben nicht das geringste Vertrauen zur Frankfurter Volksstimme und den anderen „linken“ Führern, die jetzt, nachdem sie in der entscheidenden Frage die Bankrotspolitik ihrer Partei gebilligt haben, weil sie bisher auch da und dort eine oppositionelle Haltung einnehmen, als die ersten Frontdeure der geschlagenen Armee der Sozialdemokratie auftreten. Aber wir erkennen in ihrer Bankrotterklärung und in ihrem Ruf: Zurück zum Klassenkampf! ein Signal für den Umschwung, der sich unaußersam in den Reihen der SPD-Mitgliedschaft vollzieht. Wir Kommunisten werden daher jetzt mit doppelter Verantwortung und mit doppelter Energie gegen den Bürgerblock und die sozialdemokratischen Bankrotteure proletarische Einheitsfront organisieren mit all denjenigen, die ernstlich von der bisherigen reformistischen Verblendung sich abwenden und dies durch konkrete Beweise bezeugen wollen.

Die Sozialdemokratische Partei wirft weiter die Rußlanddelegierten hinaus

Wiesbaden, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Rußlanddelegierten W. Kessler, Mitglied des Bezirksverbands bei der Reichsbahndirektion, aus der SPD ausgeschlossen.

Sieg der Opposition

Halle, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die am 23. Januar stattgehabene Generalversammlung des DMV brachte einen vollen Oppositionsieg.

Oppositioneller Erfolg im Schuhmacherverband

In der am 20. Januar stattgefundenen Generalversammlung des Schuhmacherverbandes, Jahrestage Selbsterneuerung, wurden bei den Wahlen zur Devisenverwaltung alle Posten mit einer einzigen Ausnahme von den oppositionellen Kollegen besetzt.

Der Schiedspruch im Buchdruckgewerbe abgelehnt

Berlin, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die am 24. Januar abends stattgehabene außerordentliche Generalversammlung der Berliner Buchdrucker lehnte einstimmig den bekannten Schiedspruch ab.

Das Zentralarbitrageamt hat unterm 18. Januar d. J. für das deutsche Buchdruckgewerbe einen Entschluß gefaßt, der den bestehenden Lohnvertrag bis zum 31. März d. J. verlängert. Daraufhin lehnte die Arbeitervertretung in der Tarifkommission diesen Entschluß ab, dem sich die Berliner Buchdrucker ebenfalls angeschlossen haben.

Landtagswahl in Thüringen

Sozialdemokratische Führer als Helfer des Ordnungsbundes — Die SPD lehnt die proletarischen Maßnahmen der Reaktion.

In Thüringen erfolgt am 30. Januar die Wahl zum neuen Landtag. Der alte ist nach drei Jahren eines natürlichen Todes gestorben. — Thüringen erlebte das gleiche politische Schicksal wie Sachsen. Reichsmehrheitswahl 1923, Sturz der kommunistisch-sozialdemokratischen Regierung, Neuwahl des Landtages unter dem Protektorat des Generals Haase, unter dessen militärischer Mithilfe die bürgerliche Mehrheit zustande kam, deren Ergebnis die Regierung des Ordnungsbundes war. Ein Weg durch drei Jahre Bürgerblockpolitik, gezeichnet mit dem Blut der von der Reichswehr erschossenen und misshandelten Arbeiter; gezeichnet durch Verfolgungen und Verhaftungen revolutionärer Führer; durch Elend und Not, der durch die Thüringer Großindustriellen ausgebeuteten und auf die Straße geworfenen Proleten. Und nicht zuletzt auch gezeichnet durch den

Verrat der Thüringer sozialdemokratischen Führer in den Tagen des Reichswehrmarsches in ihrer Rolle als Wegbereiter des Ordnungsbundes und seiner dreißigjährigen Konfolidierung.

Die Zeit der Herrschaft des Ordnungsbundes ist eine der schwärzesten in der Geschichte der Thüringer Arbeiterschaft; sie war es aber auch für den Mittelstand, für die Gewerbetreibenden, Handwerker und Kleinbauern. Der Ordnungsbund als Verkörperung der Hilfstruppen der kapitalistischen Nationalisierung hat im Thüringer Wirtschaftsleben geradezu katastrophal gewirkt. Ganze Industrien wurden lahmgelegt. In Zehntausenden wurden Arbeiter, Beamte und Angestellte dem Elend der Erwerbslosigkeit preisgegeben.

Die kapitalistische Thüringer Regierung hatte stets abgesehen, den Opfern der Nationalisierung zu helfen. Allein die kommunistische Partei ergriff die Initiative zur Linderung der Not. Sie mobilisierte die breiten Massen gegen die brutale Syndikus-Diktatur des Sattler-Regimes.

Mit immer mehr Steuern wurde die wertvolle Bevölkerung belastet. So wurden die Gelder erprecht, die man den acht Thüringer Fürsten in den Taschen warf.

Für die Erwerbslosen hatte man keinen Pfennig, für die Fürsten Millionen.

Nichts hat die Regierung getan, um diese dem Lande gehörenden Schätze zu retten. Bei dem Volksentscheid hat diese Regierung mit allen Mitteln die Interessen der Fürsten vertreten, obgleich Tausende von Angehörigen der Mittelschichten zugrunde gingen. Thüringen ist nicht umsonst das Land des „Prinzen“ Domela und seiner ordnungsbündlerischen Lakaien.

Die Sozialdemokratie trägt die Rißschuld und trägt die volle Verantwortung für diese drei Jahre Ordnungspolitik, für alle Vorkommnisse und jetzigen Zustände.

Der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident Brülich war es, der 1923 die Reichswehr nach Thüringen rief, der die niedrigsten Salariatsklasse für den General Haase tat. Er ordnete die Verfolgung und Verhaftung der kommunistischen Führer, die Verpeilung und Bekämpfung der proletarischen Hundstschäfer an.

Pressensperre, Telefonüberwachung, Janux, besonders während des damaligen Wahlkampfes, fanden die Unterstützung der Thüringer Sozialdemokratie. Durch ihre Hilfe gewann der Ordnungsbund die Landtagsmehrheit! Mit ihrer Hilfe konnte die Sattler- und Leutheuer-Regierung drei Jahre lang zur Niederwerfung der Arbeiterklasse rücksichtslos herrschen und die Forderungen der Werktätigen brutal mit Füßen treten. Die SPD-Führer lehnten mehrmals die Wählerversandträge der Kommunisten gegen die arbeitereindliche Regierung ab. Einem kommunistischen Antrag auf Beschlagnahme der Thüringer Fürstenerbzögen verweigerte sie ihre Zustimmung. Diese Politik ist die Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD.

Das verheerendste Wahlergebnis und der blutige Zusammenschluß des Landtages, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu einer Einheitsliste, auf deren Seite noch fünf weitere bürgerliche Parteien, wie Wirtschaftspartei, Nationalisten, Später usw. stehen, veranlaßten die Kommunisten, eine Listenverbindung mit der SPD anzustreben. Diese Listenverbindung ist für die KPD nur ein technischer Akt, sollte kein Bündnis mit der Politik der Sozialdemokratischen Partei sein, sie änderte nichts an unserer Taktik gegenüber der SPD. Der KPD kam es ernstlich darauf an, auch das letzte Mittel zu versuchen, die Wiederkehr eines neuen Bürgerblock-Regimes zu verhindern. Nun hat die SPD den Arbeitern irreführend gezeigt, daß sie nicht gewillt ist, eine solche Mehrheit zu verhindern; sie lehnte die Listenverbindung ab!

Der Krieg in China

Amerika entfendet Schlachtschiffe gegen Kanton

Sieg Kantons über Sun

(PK) Hankau, den 24. Januar 1927.

Die Truppen der Nationalregierung unter persönlicher Kommando des Oberbefehlshabers Tschankajski haben den Truppen Sunjansangs bei Schanghai eine empfindliche Niederlage bereitet. Die Zahl der Gefangenen ist groß, die Verbindungen Suno sind von den Kantontruppen abgeschnitten worden, so daß der geschlagene Armee der Rückzug nur in der Richtung auf Schanghai möglich ist. Aus dem Hauptquartier der Nationalarmee wird mitgeteilt, daß ihr Vormarsch gegen Schanghai unbedingt von Erfolg gekrönt sein würde, doch heißt die Nationalregierung, durch Unterhandlungen mit Suno, um so bei der Besetzung Schanghai blutige Zusammenstöße, wie sie in Hankau stattgefunden haben, zu vermeiden. In diplomatischen Kreisen Kantons betrachtet man daher mit wachsender Beforgnis die Räumung der Engländer aus dem von der Nationalregierung besetzten Gebiet. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Maßnahmen — obwohl bisher keinem Engländer etwas zuleide geschehen ist — sowie die Konzentration von Marinegeschwadern in Schanghai den Anschein erwecken müssen, als wolle es die englische Regierung binnen kurzem auf eine entscheidende Kraftprobe mit der Kantonregierung antworten lassen.

Die Lage in Schanghai

(PK) Peking, den 24. Januar 1927.

Nachrichten aus Schanghai melden, daß die Lage in Schanghai sich weiter verschärft. Die europäischen Mächte haben angeordnet, daß das Fremdenviertel mit Einschluß des öffentlichen Verkehrs, der Kontrolle ist sehr streng, jedermann, der aus dem chinesischen Teil in das Fremdenviertel eintreten will, wird durchsucht. Eine Reihe weiterer Verhaftungen, hauptsächlich Anhänger der Kuomintang-Partei, sind erfolgt. Gleichzeitig geht die Streikbewegung weiter. Neuerdings sind einige größere Kaufhäuser, darunter eines der Compagny Sinis, an dem englisches Kapital beteiligt ist, vom Streik betroffen, aber auch in chinesischen Kaufhäusern streiken die Angestellten. Deswegen die Arbeiter und Angestellten der Straßenbahn in der französischen Konzeption. Die Streikenden fordern eine Erhöhung ihrer Löhne.

Feng fordert Rückgabe der Konzeptionen

(PK) Hankau, den 24. Januar 1927.

Ein Antikommunist des Marichalls Feng meldet, daß seine Truppen auf ihrem Vormarsch durch die Provinz Honan nur schwachen Widerstand gefunden haben. Russische Truppen sind gänzlich demoralisiert. Marichall Feng bittet gleichzeitig die Nationalregierung, die sofortige Rückgabe sämtlicher Konzeptionen von den ausländischen Mächten zu fordern.

Washington, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Washingtoner Regierung hat sich entschlossen, China mit Kriegsschiffen anzugreifen. Dem amerikanischen Admiral Williams in Schanghai hat man weitgehende Vollmachten erteilt. 26 amerikanische Kriegsschiffe sind unterwegs nach China. Weitere 17 wurden in Manila zur Abfahrt bereitgestellt.

Die englische Mobilisation gegen China

London, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Gelamtheit der nunmehr auf dem Wege nach China befindlichen oder in Marschbereitschaft stehenden britischen Truppen ist: 10 britische und 2 indische Infanteriebataillone, Abteilungen von Artillerie, Sappeure, Maschinengewehr-Abteilungen, wozu noch bereits in China befindliche 3 Infanteriebataillone und 1 Maschinengewehr-Abteilung kommen.

Tschangfjolin schwenkt zu England über

(PK) Tokio, den 24. Januar 1927.

Die Ueberwindung der Regierungskrise wird es der herrschenden Kensei-Partei ermöglichen, ihre Versuche, zu einer Annäherung an die chinesische Nationalbewegung zu gelangen, mit Aussicht auf Erfolg wieder anzunehmen. Tschangfjolin beabsichtigt, sich dem Druck Japans zu entziehen, indem er sein Machtgebiet über die Grenzen der Mandchurei hinaus ausdehnt und bei England Anlehnung sucht, wozu in den Regierungskreisen Japans hartes Unbehagen. Es wird veranschlagt, der englische Gesandte hätte Tschangfjolin in der vor kurzem mit ihm in Peking gepflogenen Unterredung versprochen, eine Kontingente gegen die Erhebung der von der englischen Gesandtschaft in Peking vorgezeichneten Zuwächse zu beizubringen.

Berwürfnis Tschangfjolin mit seinen Generalen

(PK) Peking, den 24. Januar 1927.

Tschangfjolin, der Generalkommandant Tschangfjolin, wandte sich in einer Unterredung mit Reichsvertretern sehr scharf gegen das Vorgehen Englands: Die Politik gegen chinesische Patrioten die Politik der Kanonenboote in Anwendung zu bringen, müsse selbst die gemäßigtesten Elemente gegen England zum Widerstand reizen. Die Behauptung, daß hinter den Ereignissen in Hankau die Hand Sowjetrusslands zu merken sei, müsse er als grundtatsächlich bezeichnen, da das gesamte chinesische Volk hinter den Forderungen der Hankauer Bevölkerung stehe. Diese Erklärungen haben in der chinesischen Presse großes Aufsehen hervorgerufen, da sie die schon seit langem verbreiteten Gerüchte über ein Berwürfnis zwischen Tschangfjolin und seinem Generalkommandanten bestätigen.

Entscheidung, daß das Gesetz am 1. Oktober 1927 in Kraft tritt, in der Ausschussung gleichfalls angenommen.

Am Schluß der Donnerstagssitzung trat der neue Regierungsbund der Marx-Hindenburg-Koalition durch einen Gewaltakt gegen die Reichstagsminderheiten in Funktion. Obwohl im Reichstagsauschuß sämtliche bürgerlichen Parteien mit dem Reichstagspräsidenten Poche eine darüber waren, daß, solange eine neue Regierung nicht gebildet ist, nur solche Gesetze im Reichstagsplenum zur Beratung zu stellen seien, die eine Anwesenheit der Regierung nicht erfordern, stellte der berühmte Rechtsanwalt Vignati zum Antrag, das Gesetz über die Grundbesitze auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu stellen, durch das das Grundbesitzgesetz solange außer Kraft gesetzt werden soll, als die Entschädigungsfrage nicht gelöst ist. Dieses Gesetz hat verfassungswidrigen Charakter, da die Grundbesitze in der Verfassung bereits festgelegt ist. Die Beratung dieses Gesetzes macht also die Anwesenheit der Regierung unbedingt erforderlich. Trotzdem beschloßen die Bürgerblockparteien vom Zentrum bis zu den Linken, das Gesetz am Dienstag, den 23. Januar auf die Tagesordnung des Reichstags zu setzen.

Genosse Stoedter beantragte, auf die Tagesordnung der Dienstagssitzung den kommunistischen Antrag auf Auflösung des Reichstages zu setzen, dessen Beratung in der vergangenen Woche mit dem Verprechen verbunden worden war, daß der Antrag in einer der nächsten Sitzungen zur Beratung kommen solle. Außerdem beantragte Genosse Stoedter, die kommunistischen Anträge in der Frühstunde, durch die den fürstlichen Diebstählen und monarchistischen Treibern ein Ziel gesetzt werden soll, am Dienstag zur Beratung zu stellen. Genosse Stoedter hob Protest gegen den Gewaltakt der Bürgerblockparteien, die durch den Annullieren des Reichstages, was ihnen Verstoß, des Reichstages bedeuten und wie sie die Minderheit im Reichstag zu bergewaltigen beabsichtigen.

Hierher, in das große helle Zimmer, kamen um Dinstag Lenin, die Dorflieder aus der Umgebung — um zu plaudern, zu spielen, ein Rästel, ein kleines Gewicht zu empfangen.

Ein Tannenbaum steht da, in vollem Schmuck, die letzte Freude der kleinen Freunde.

Eine kleine Treppe führt hinauf. Vorsicht! Traurige, aber ruhige und stolze Zeit weht im Todeszimmer. Kein Wehrdau, keine hysterische Verweigerung, keine Mähne des Jenkies.

Darum ist die Stille im Sterbestimmer so heilig. Darum haben die Herkommenen ein solches unbeschäftigtes Feuer im Blick, so fest und trotzig geschlossene Lippen.

Da ist er! Ganz unverändert. Das Gesicht ist rötlich und beinahe lächelnd, mit jenem unbeschreiblichen Lächeln, welches nur der Mensch, der es erleben hat. Die Lippen mit dem kleinen Schnurrbart ist hochgehoben, ganz wie beim Lebenden. Als ob er selbst über das Geschehene hinweg wäre; Lenin, und soll sich nicht bewegen, nicht reden; Lenin — und liegt doch hart und ausgebreitet, im grünen Arm, die Arme stramm und unbeweglich.

Die Kellner haben unten auf dem Sofa Platz genommen. Hülfen sich in ihre Soldatenmäntel, kneten mit den Fingern und neben sich ihren Erinnerungen hin. Sie spielen alle eine sehr große Rolle in dem Staate, wo Lenin die Führung hatte. Aber jetzt sprechen sie alle durcheinander, erinnern sich an einfache, doch so lebensvolle Kleinigkeiten, an Lenins Witze, seine Hartnäckigkeit, sprühende Lebensfreude — alles kommt zur Sprache: seine Liebe zum Schachspiel, zum Schiffschach, seine Briefe, seine grenzenlose Feinfühligkeit und liebesvolle Einfachheit.

Es ist schon Tag geworden. Es ist Zeit zum Aufbruch für alle — und auch für Lenin. Der rote Satz wird heruntergetragen. Schweigend, ohne Wieder. Der Satz wird auf die Erde gestellt. Ein Augenblick unaussprechlicher Traurigkeit und grenzenloser Kummer. Eine solche Traurigkeit läßt das gelente Gesicht Stalins erbleichen.

Der Satz muß ungedeckt werden. Der Schnee fällt aufs Gesicht Lenins und verfinstert auf seinen Augen.

Der Glasdeckel wird aufgelegt. Weinen. Ihr hört die Volksgemeinen weinen.

(Aus dem Russischen übertragen von K. und V.)

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

Schopmalow: Auf dem Wege zum Marxismus.

Tiefes Erleben spricht aus den Zeilen dieses außerordentlichen Buches — es ist wohl zum ersten Male, daß ein Arbeiter aus dem Bereich eines umfangreichen Band Erinnerungen persönlich. Es sind Erinnerungen eines Arbeiters, der zur Zeit der schismatischen zaristischen Wälder die Wahrheit zu suchen begann und die revolutionäre Bahn betrat, damals, als es

Sie zieht vor, ein Kampfbündnis mit der Generaldiktatur gegen revolutionäre Arbeiter, statt einer einheitlichen Kampffront gegen die tschinkische Diktatur der Bürgerblockregierung. Sie zieht vor die Koalition, das Bündnis mit den bürgerlichen Parteien. Die Politik der Thüringer Führer der SPD ist die Politik der USPD in Sachsen.

Die Arbeiter haben den Weg der SPD erkannt. Sie werden ihre Lehren daraus ziehen. Die kommunistische Partei mit ihrem klaren Kampfprogramm zeigt ihnen den Weg zum Sturz des kapitalistischen Bürgerblocks, zum Sturz der monarchistischen, tschinkischen Ordnungsbund-Regierung. Offen sagt sie den werktätigen Massen, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann durch die außerparlamentarische Aktion aller Werktätigen. Sie zerstört alle Illusionen an eine „parlamentarische Machtergreifung“ durch die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit. Nur das Kampfbündnis aller Werktätigen, im außerparlamentarischen Kampf, kann das Ziel bringen: ein rotes Arbeiter-Thüringen!

Der Bürgerblock in Aktion!

Gegen Auflösung des Reichstages! — Für die Räuberelien der Fürsten! — Die Hilferding-Sozialisten Arm in Arm mit den Deutschnationalen und den bürgerlichen Volksparteilern!

(KPD), Berlin, 24. Januar 1927.

In der Kontagssitzung des Reichstages wurde die Einzelberatung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in zweiter Lesung fortgesetzt. Die Kommunisten haben zu dem Gesetz noch einen Entschädigungsantrag eingebracht, der verlangt, daß in allen Schulen und Erziehungsanstalten die Schüler und Schülerinnen in einer ihrem Verständnis angepaßten Weise im Rahmen des naturwissenschaftlichen Unterrichts über die elementaren anatomischen, physiologischen Tatsachen der menschlichen Fortpflanzung unterrichtet werden und daß die Schüler und Schülerinnen der höheren Klassen und die Fortbildungsschüler außerdem durch Vorträge, Kurse oder sonstige Sachverständige über das Wesen der Geschlechtskrankheiten, die Art ihrer Symptome, Verhütung und Ausheilung unterrichtet werden.

Genosse Käbel

brandmarke noch einmal in einer längeren Rede das reaktionäre Gesetz als ein Klassen- und Klassengesetz, durch das der kapitalistische Staat verkleinert wird, daß er auch nicht das mindeste zu tun beabsichtigt, um der ungeheuren Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten entgegen zu wirken. Genosse Käbel fordert noch einmal unentgeltliche Abgabe der Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an die Bevölkerung, völlige Unentgeltlichkeit der ärztlichen Behandlung, ernsthafte Maßnahmen, um die sozialen Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu schaffen und schließlich Zulassung geprüfter Naturheilkundiger zur Behandlung der Geschlechtskrankheiten.

Die unentgeltliche Behandlung der Geschlechtskrankheiten bezeichnet auch Frau Dr. Lüders (Demokrat.) als ein erstrebenswertes Ziel. Zum mindesten müßten die viel zu teuren Spritzen verbilligt werden.

Dr. Kamin (Völk.) wendet sich gegen das Behandlungsmonopol der approbierten Ärzte und sagt, daß der Behandlungsmangel auch unentgeltliche Behandlung der Krankheiten auf Kosten des Reiches bedinge.

Auch die Abgeordnete Stegmann (SPD) wendet sich gegen das Behandlungsmonopol, während

Hilferding

Arm in Arm mit dem Deutschnationalen Dr. Spuler und dem bürgerlichen Volksparteiler Dr. Weisbrodter namens eines Teiles der SPD-Fraktion für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage eintritt, die das ärztliche Behandlungsmonopol der approbierten Ärzte für alle Geschlechtskrankheiten festlegt.

In der Abstimmung wurden sämtliche kommunistischen und sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge abgelehnt. Der Antrag, das Behandlungsmonopol der approbierten Ärzte nicht allein für die erkrankenden, sondern für alle Geschlechtskranke nach der Regierungsvorlage wieder herzustellen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und eines Teiles der Sozialdemokraten und Völkischen angenommen. Für den Antrag stimmte von den Sozialdemokraten u. a. Dr. Hilferding, Dr. Breitscheid und Adolf Braun.

Limberg (SPD) erhebt Protest gegen die Annahme dieses Antrags und bezeichnet ihn als die praktische Aushebung der Kurierfreiheit, für die nicht das Volkswohl, sondern lediglich ärztliche Berufsinteressen die treibende Kraft gewesen seien. Limberg beantragt, das aufstrebende Vorträge, Schriften, Abhandlungen oder Vorträgen über Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung nicht unter das Verbot fallen. Dieser Antrag wurde angenommen. Der Rest der Vorlage wurde mit der Be-

Die letzte Reise

Von Michael Kolzow

In tiefer Nacht, in frostigem Nebel fahren die ältesten der Bolschewiki, um den unbeweglichen Körper des verchiedenen Führers überzuführen. Man wolle ihn den Millionen zeigen.

Ein kleiner Zug auf einem leeren verborgenen Bahnhofssteig, heimliche Abfahrt. In dem Wagen schweigt man nieder, gedrückt, hüllt sich in die Mäntel; der harte, versteinerte Blick ist hart zu Boden gelenkt. Klapperndes Ried der Räder — bis zur Haltestelle, bis zum kleinen eingeschneiten Bahnhofs mitten in der weichen Ebene.

Die Morgendämmerung naht, aber der Himmel ist frostiger, dunkler als die schwarzen Wälder, als die Menschen, die, wie eine dunte Schneedecke, durch den Schnee hinaufgehen. Der Weg ist lang dorthin, wo die Lichter des Lenin-Hauses zu sehen sind. Keine Eisenbahn mehr — ein knarrender, stäubiger Schlittenszug windet sich durch das schneebedeckte Dicht, schlängelt sich hinaus auf dem schmalen Wege. Ein Teil der Menschen liegt schweigend in den Schlitten, ein anderer lehrtet hinter und freit daneben, immer vorwärts in das langsam weichende Dunkel.

Ein Licht flackert auf, verschwindet hinter einer Biegung, wird wieder sichtbar — den Blicken bietet sich ein kleines Landhaus auf einem Waldhügel. Halt! Man drängt sich nicht, man tritt leise durch das Tor in den inneren Hof.

Ein altes Haus, weiß und hoch, mit schlanken Säulen, in einem edlen Rahmen von silberweißen Wäldern und blauschimmerndem Schnee. Leicht geht die Glasür auf — wir sind drin. Von nun an wird dieses kleine Landhaus lange vor dem inneren Auge dieser Millionen Anwesenden mit dem müden, erwartungsvollen und gläubigen Blick erhalten bleiben, diese Ruhestätte des Führers, wo dieses einzige Leben, dieser unerschöpfliche Kampf im Tode ausklang.

Das Haus ist ruhig, bequem, geräumig. Jeder soll in hier Weltgeschichte, jeder Schritt — ein Feld für die inbrünstige Veränderung kommenden Geschlechter. Durch diese, vom Frost verholten Fenster schaute er, der alles erkannt hatte ein weitaussehender Riese, gelähmt noch in der Wüste seiner Kräfte, in der furchtbaren Qual der erzwungenen Tatlosigkeit. Hinter dem kurzen Waldweg, hinter dieser stillen Natur, die ihn umgab, sah er Millionen Märtyrer der Inzucht, Millionen Waise, lebend noch Erlösung ihrer Brüder aus der kapitalistischen Hölle der ganzen Welt.

Hier, in diesem Koffstuh, sah er, bewegte sich, mühte sich geduldig und rührend, wieder gesund zu werden. Wieder gesund zu werden, um wieder zu arbeiten. Wieder gesund zu werden, um alle zu beglücken, die unruhig und qualvoll die Wiederkehr des Führers an das Steuer, an seine nimmer ermüdende Pflichterfüllung erwarten.

Trotzdem die Anträge des Genossen Stoedter von Erzbischof unterzückt wurden, lehnte die Bürgerblockmehrheit die Beratung des Auflösungsantrages und der Frühstunde ab.

Das Haus vertagte sich auf Dienstag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen das Grundbesitzgesetz und andere kleinere Vorlagen.

Krisenstimmung in Dänemark

Kopenhagen, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die politische Situation in Dänemark, die schon erbit ist, ist durch verschiedene Regierungsmaßnahmen gegen die Feindanten hauptsächlich gegen die Eisenbahner, zurzeit sehr trübsinnig aufgelöst. Die Machtpolitik zwischen Regierung und Reichstag bedeutet, daß eine politische Krise unausweichlich ist.

Coof gegen die Verleumdung

London, 23. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände trat Coof vom Bergarbeiterverband den ausgeleiteten Berichten über Spaltungsabsichten seitens seines Verbandes entgegen und erklärte, daß der Versuch, die Spaltung in ihre Keulen hineinzutragen, nur den Unternehmern in die Hände arbeiten würde. Coof hält es für die größte Aufgabe, den Verband zu schließen. Ein Vertrauensvotum für den Generalrat bedeutet die Vertiefung des Bergarbeiterkampfes, was aber von den Massen nicht geteilt wird, zumal dieses Votum den Unternehmern Argumente in die Hand gibt, um die Löhne aller Arbeiterkategorien zu kürzen.

weder Parteien, noch Organisationen, noch Gewerkschaften gab. Unter dem Druck der unerträglichen Lebensbedingungen beginnt der Arbeiter Schopmalow über den Sinn des Lebens nachzudenken. Anfangs verfallt er dem schädlichen und verwirrenden Einfluß der Religion. Nachdem er dieses Verleumdung überwunden hat, beginnt er, Sozialisten zu suchen und gründet selbst einen Arbeiterklub. Dann schließt er sich der Narodnolj-Terroristen an und wird Mitarbeiter einer Geheimdruckerei. 1891 wird er mit dem Marxismus bekannt gemacht. Er schließt sich dem Kampfverband an und nimmt aktiv an dem berühmten Massenstreik der Weber teil. Anlässlich dieses Streiks erfolgte schließlich seine Verhaftung und später die Verbannung nach Sibirien, wo er Lenin kennenlernt. Es ist das trübsinnige Schicksal des russischen Arbeiterrevolutionärs, das uns Schopmalow erzählt. Die ganze Opferfreudigkeit und den großen Heroismus der revolutionären russischen Arbeiterklasse zeigt die Geschichte dieses Kampfers. Unerschütterlich dient er, der abgehehrte Betriebsarbeiter, nach zwölfjähriger Frau keine Klasse. Und als die Geheimdruckerei ausgehoben wird und in menschenelangen Verhören die anderen Beteiligten vor den Gerichten einige Aussagen machen, lehnt Schopmalow jede Aussage ab. Ein Jahr Einzelhaft, ungläubliche Qualereien, nicht bringt ihn zum Sprechen. Jeder Genosse sollte diese eben spannenden wie lehrreichen Erinnerungen lesen, denn Schopmalows Buch ist mehr wie die Geschichte eines einzelnen. Es ist ein Stück Geschichte des revolutionären Proletariats Russlands.

Das Buch ist 337 Seiten stark, auf bestem holzfreiem Papier gedruckt und kostet brosch. 4.— M., in Ganzleinen geb. 6.— M. Ein Bild des Verfassers ist beigegeben.

Zu beziehen durch alle Literaturbüchere, Kolporteurs und durch die Buchhandlung Groß, Dresden-A., Jakobsgasse 15.

Die kommunistische Internationale

Wochenchrift des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, Heft 3, Jahrgang 1927, Preis M. 0,30.

Inhalt: Das Völkergesetz — Europa; Nach der britischen Reichstagskonferenz — Spektator: Die Folgen des englischen Bergarbeiterstreiks — Sonter: Die Stellung der 2. Internationale nach dem Kriege zum Imperialismus — Genteraner: Die Bilanz der Koalition — Duret: Die französischen Sozialisten und die Kolonialfrage — Humbert-Droz: „Cahiers du bolchévisme“ — L.: Sozialistische Monatshefte.

Anhang: Die Beschlüsse der 7. Erweiterten Exekutive im Lichte des Leninismus.

Zu beziehen durch die Buchhandlung Groß, Jakobsgasse 15, Kolporteurs oder durch die Post. (Postabonnement: Heft 1,25 M., 1.— M.) Verlag Karl Popo Nachf., Hamburg-Berlin NW. 6.



26. Januar 1927: Erster Roter Frontkämpfer-Tag in Sachsen-Erzgebirge. — 1919: Beerdigung Liebknechts und der Kollontaj-Sopel in Friedrichshagen bei Berlin. — 1871: Wilhelm Meißner, urop. Kommunist, in New York gestorben.

Freidenker-Sonnenwende

Überall und an allen Orten veranstalteten die Freidenker Sonnenwendfeiern, so auch die Gemeinschaft prolet. Freidenker, Ortsgruppe Dresden-Friedrichshagen.

Unser Tag fand im Zeichen der Sonnenwende. Während der drücklich-tirchlichen Kreise Weihnachten, das Fest der Liebe, feiern wir Sonnenwende.

Unter flammendem Fackelzeichen, das Symbol zum Licht empfangen wollen wir nicht nur zur Sonnenwende anzünden. Es soll nicht nur einmal im Jahre wie die Lichter des Weihnachtsbaumes leuchten und lodern.

Das Licht, das wir aufgeteilt haben, soll und muß weiterleuchten, bis einem jeden ein Licht aufgeht, wie schön, wie leuchtend, wie frohlich wir alle Sonnenwende feiern könnten, wenn wir alle Hinstreits, alles Dunkel und Häßliche auf Erden durch das helle Licht der aufgehenden Freiheitssonne zu verdrängen imstande wären.

Schäufel das Feuer der Sonnenwende, trage jeder ein Fackelchen in seinem Herzen, zündet überall das Licht der reinen Wahrheit und Erkenntnis an, dann wird das Feuer wachsen und lodern größer werden, bis die ganze Welt in Flammen steht und unter ihren Trümmern die kapitalistische Herrschaft verfallt, dann bricht der neue Tag, der Menschheitstag an, wo Freiheit, Gerechtigkeit und wahre Gemeinschaftlichkeit herrscht.

Arbeitsmann, aufwachet! Kämpfe müßig für Freiheit und Recht, Bis die Weihnacht der Menschheit anbricht!

Um den Bezirksauschuß des KdW

Freidenker! Soll euer Platz leer bleiben? Am Freitag, 21. Jan., trat zum erstenmal der von der Delegiertenversammlung in Ostel Toms Hütte eingelegte Bezirksauschuß der Werttätigen zu einer Sitzung zusammen.

Die endgültige Konstituierung des Bezirksauschusses wurde vorgenommen. Als Vorsitzender wurde einstimmig Gen. Weidner gewählt.

Die für die nächste Zeit notwendige Arbeit wurde eingehend besprochen. Mit großem Nachdruck muß nunmehr die Propaganda für die Forderungen des Kongresses einleiten.

Der Vertreter der Freidenker mußte ablehnen, da nach seinen Vorstellungen zwar die Einigungsverhandlungen zum Ziele geführt haben. Der WdK, Berlin, und die SpK gelten als Einigungsorganisation unter dem Namen: Verband für Freidenker- und Arbeiterbestattung E. V. Bedauerlicherweise haben aber viele Bezirke, so auch der Dresdner Bezirk, den Einheitsgedanken noch nicht praktisch erfaßt und erkannt.

Als zur Klärung dieser Frage wurde der Platz für die Freidenker freigegeben. Freidenker! Nehmt Stellung dazu, andernfalls müßt ein Bauerndelegierter an diese Stelle.

Ein Paradies der Rossfahndarbeiter

Ein Betrieb ausserordentlicher Art ist die Baustelle der Firma Schäfer in Leubnitz-Neuostra. Rechte das „Arbeiterparadies“ gibt es dort nicht. Die vorhandene Baustelle ist für den Sommer vorgerichtet, einen Ofen gibt es nicht. Er ist natürlich auch überflüssig, weil ja die Arbeiter bei ihrer Viertelstunde Frühstück und ihrer Viertelstunde (!) Mittag noch ganz warm von der Arbeit sind.

Wahlbühne. Das nächste Sinfoniekonzert findet Mittwoch, den 26. Januar 1927, 7.30 Uhr im Gewerbehause statt. Leitung: Generalmusikdirektor Eduard Röske.

2. Ostfächliche Jungarbeiterkonferenz in Dresden

Am Sonntag, den 23. Januar kamen zum zweiten Male die Delegierten der 1. Jungarbeiterkonferenz zusammen, um den Bericht des Delegierten Kollegen Barthel entgegenzunehmen.

Es muß festgestellt werden, daß die anwesenden Delegierten regen an der Konferenz teilnahmen.

In kurzen, zusammengedrängten Ausführungen machte Kollege Barthel die Delegierten mit den Beschlüssen des Kongresses der Werttätigen als auch der Jungarbeiterkonferenz, die neben dem KdW tagte, bekannt. Fest steht — und das wurde von den Delegierten mit Beifriedigung aufgenommen —, daß der Kongreß sich mit dem Elend der proletarischen Jugend befaßte, daß er den Jungarbeitern einen Weg zeigte zur Erreichung der Jugendkämpferforderungen.

Bildung von Schülerräten! Schaffung von Betriebsvertrauensleuten! Kampf um die Jugendkämpferforderungen!

Alle anwesenden Delegierten waren sich klar über die zwingende Notwendigkeit dieser Forderungen und gelobten, sich mit aller Kraft einzusetzen für die Propagierung dieser Beschlüsse.

Folgende Entschließung wurde von der 2. Jungarbeiterkonferenz angenommen:

Entschließung!

Die 2. Jungarbeiterkonferenz Ostfachsen vom 23. Januar 1927 nimmt nach dem Bericht des Delegierten Kollegen Barthel folgende Entschließung an:

Zusätzlich ist der Kongreß der Werttätigen ein Kustalt zur Mobilisierung der Massen gewesen. Mehr als 2000 Delegierte aus allen Teilen des Reiches, aus allen Schichten der besetzten Klasse, gaben ihren Willen kund und brachten zum Ausdruck das Kraftbewußtsein der Arbeiter, kleinen Gewerbetreibenden und Kleinbauern. Wir stellen fest, daß seit 1918 das Proletariat noch nie in einer derartig breiten Front aufmarschierte als auf dem KdW.

glieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten, Jugendbünde erhalten an der Abendkasse gegen Ausweis Galeriestichplätze in 75 Pf. Ausverkaufnummer 1001—1500 und Anrecht A. Die Mittelschichtversammlung findet Sonntag, den 6. Februar, vorm. 10 Uhr im Volkswohlfühl-Saal, Dittmarschstr. 24, Vordorfstraße, statt.

Die großen Redner der Revolution

Heute der bekannte Berliner Schauspieler Alfred Beckerle zugunsten des Kinderheims der „Internationalen Arbeiterhilfe“ am 13. Februar 1927 abends 8 Uhr im Künstlerhaus, Albrechtstraße. Beckerle bringt zum Vortrag Reden von Robespierre, Saint-Just, Tirouille, Danton, Marat, Thomas Münzer, Lassalle, Bebel, Karl Liebknecht und Max Högl. Karten im Vorverkauf nummeriert 1 Mark, unnummeriert 0,60 Mark, an der Abendkasse 1,20 Mark und 0,80 Mark. Arbeitslose erhalten Karten zu 0,40 Mark im Sekretariat der IAW, Güterbahnhofstraße 24.

Die erste Gemeindeverordnetenversammlung in Köstlich

Unter starkem Andrang auf der Tribüne wurde die erste Sitzung der Gemeindeverordneten vom Bürgermeister eröffnet. Die Tagesordnung erhielt die üblichen Punkte: Wahlen des Präsidiums und der Ausschüsse. Der starke Irdischenbezug ist wohl darauf zurückzuführen, daß die letzten Sitzungen des alten Kollegiums aufgelöst waren. Die Gewerbetreibenden hatten zu der Wahl ein Flugblatt herausgegeben, welches scharfe Angriffe gegen SPD, Demokraten und Volkspartei wußten. Durch dieses Flugblatt entstanden zwei Fronten im Kollegium, die sich scharf betrieften. Man wollte mit dem Verfasser des Flugblattes nicht mehr zusammen arbeiten. Auf der einen Seite standen die Gewerbetreibenden, Hausbesitzer und Deutschnationalen, auf der anderen Seite Demokraten, Volkspartei und SPD. Auch der Bürgermeister sollte an diesem Streite auf beiden der rechten Fraktionen das Vertrauen abgezogen. Die SPD hat sich an diesem „Kampf“ nicht beteiligt, weil wir von vornherein wußten, daß es nur ein Sturm im Wasserglas war. Die SPD glaubte den Kampf mitführen zu müssen, weil einige ihrer Mitglieder angepöbeln worden waren. Die SPD mußte aber dabei erkennen, daß ein Kampf gegen einzelne Mitglieder der bürgerlichen Fraktionen nutzlos ist. Die Bürgerlichen untereinander bekämpften sich nur, weil es mal etwas Abwechslung in das ewige Einheitsdring. Daß sie sich schnell wieder einigen, wenn es gilt, gegen die Arbeitervertreter vorzugehen, hat die letzte Sitzung bewiesen. Die Gewerbetreibenden vereinigten sich mit den Deutschnationalen und Hausbesitzern zu einer Fraktion, die 7 Mitglieder zählt. Wie die Gewerbetreibenden es vor ihrer Wählerchaft verheimlichen wollten, daß sie sich ausgesprochen mit ihren scharfen Widersachern, den Deutschnationalen und Deutschnationalen, die doch für die Freigabe der gewerblichen Räume und Erhöhung der Mieten eintraten und dadurch den kleinen Gewerbetreibenden die Existenz erschweren, bereinigt haben, ist ja nun ihre Sache. Den Wählern haben wir ja in unserem Wahlaufruf schon gesagt, was von dieser Seite zu erwarten ist. Es ist dies die Fraktion der Grundbesitzer. Deshalb führen sie ihren Kampf schamlos und persönlich. Auch die Demokraten und Volksparteiler bildeten eine Fraktion mit 4 Mitgliedern.

Die Wahlen zum Präsidium waren recht interessant. Zunächst wurde kein Vorschlag zum Vorplatz gemacht. Nach minutenlangem Schwelgen schlug die Fraktion der Grundbesitzer den OB. Binte vor. OB Schröder brachte den Vorschlag Bürgermeister Angermann. Bei der Wahl erhielt Binte 7 Stimmen, 10 weiße Zettel waren abgegeben (der Vorschlag Angermann wurde von der Wahl zurückgezogen). Herr Binte bekam nun Angst vor der eigenen Kurage und nahm die Wahl nicht an. Beim zweiten Wahlgang schlug die SPD Lorenz I. und die Fraktion der Mitte erneut den Bürgermeister vor. Die Abstimmung ergab 11 Stimmen der gelanten Bürgerlichen für Angermann und 6 Stimmen für Lorenz I. Also die Einheitsfront der Bürgerlichen misamt dem Bürgermeister war wieder hergestellt. Zum ersten wurde Lorenz I. (SPD) mit 9 Stimmen gegen 7 Stimmen, die Binte erhielt, gewählt. — Als Schriftführer wurde Oberlehrer Kuntze einstimmig gewählt.

Für die beiden Bürgermeisterstellvertreter lagen drei Vorschläge vor: 1. (SPD) Lorenz I., 2. (Mitte) Klügel, Schröder, 3. (Rechte) Wagenbreth, Binte. Bei der Abstimmung fand Wagenbreth mit 7 und Lorenz I. mit 8 Stimmen gewählt. In einem besonderen Wahlgang wurde die Reihenfolge bestimmt. Wagenbreth wurde 1. und Lorenz I. 2. gewählt.

Gewerkschaftenversammlung in Steileben. Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 2 Uhr auf dem Sportplatz des DSV 1910, Heppstraße, spricht Stadtverordneter Genosse Schneider über „Der Kampf der Gewerkschaften für ihre Forderungen.“

Besonders begrüßt die 2. Jungarbeiterkonferenz, daß sich der Kongreß mit dem Elend der proletarischen Jugend befaßte. Er hat ihr einen Weg gezeigt zum Kampf gegen soziale Unterdrückung des jungen Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Forderungen, die angemaßten zu machen, sind unumkehrbar notwendig. Wir müssen sie uns zu eigen machen.

Die 2. Jungarbeiterkonferenz befaßt sich deshalb mit allen Kräften an der Weitertragung des Beschlusses des KdW zu arbeiten. Ein großer Teil der Arbeiter nimmt noch nicht aktiv teil an dem Kampf der revolutionären Arbeiterklasse. Es gilt es anzuführen, ihnen gilt es den Weg zu zeigen, den aus der Kongreß der Werttätigen gewiesen hat. Darum ist es eine Pflicht der Organisation der Werttätigen, den Kampf der Arbeiterklasse, die Beschlüsse des Kongresses durchzuführen in die Betriebe und Gewerkschaften.

Den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen ruft die 2. Jungarbeiterkonferenz zu: verlannt in den Gewerkschaften und betrieblichen Vertretungen vom KdW, informiert euch über die Beschlüsse, die der Kongreß zur Jugendfrage faßt.

Immer mehr macht sich der geschlossene Kampf der jungen und erwachsenen Arbeiterklasse notwendig, um eine breite Front gegen den Kapitalismus zu schaffen. Die brutale Unterdrückung in Form der Rationalisierung, die immer härter werdende Konkurrenz zwingt auch die Jungarbeiterklasse zu einem geschlossenen Handeln.

Jugendliche Erwerbslose! Kollegen in den Betrieben und Gewerkschaften! Genossen der Sozialistischen Arbeiterjugend! Arbeiter in den Sportorganisationen!

Erkennt eure Kraft, schließt euch zusammen, schafft eine einheitliche Front gegen die Gefahren eines imperialistischen Krieges, gegen die kapitalistische Herrschaft.

Erkennt, daß die Zersplitterung der Arbeiter keinen Wert hat, sondern ihr nur Schaden zufügt. Der Kapitalismus benutzt die Zersplitterung der Arbeiter, um sein Werk zu vollenden, um die Arbeiterklasse endgültig niederzuschlagen.

Erkennt die zwingende Notwendigkeit der Einheit des Proletariats; vereint euch wie nie, schließt euch an.

Es lebe der Kampf der jungen und erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen! Her mit unseren Forderungen!

2. Jungarbeiterkonferenz Ostfachsen.

breth wurde 1. und Lorenz I. 2. Stellvertreter. Die „Mitte“ hatte durch Abgabe weißer Stimmzettel Hausbesitzer Wagenbreth zum Bürgermeister-Stellvertreter verhoßen.

Die Ausschüsse wurden nach der Stärke der Fraktionen mit 5 Bürgerlichen und 3 Vertretern der SPD und KdW besetzt. In den wichtigsten Ausschüssen ist unsere Partei vertreten.

Auf Antrag Schröder wird ein Untersuchungsaußschuß eingesetzt, der die Angriffe der Mittelstandserneuerung untersucht soll. Dem wird stattgegeben und ein Ausschuß aus den Parteien gebildet. Die Rechte lehnt eine Beteiligung ab. Nach einigen kleinen Anfragen folgt Dankeskomme.

Bürgerblattpolitik auch in Bachwitz

Bachwitz. Die sehr zahlreich erschienene Wählerchaft erhielt in der Sitzung der Gemeindeverordneten am 18. Januar Aufklärungsunterricht, wie man mit „Reinheit“ die Arbeitervertreter verweigert. Zur Behandlung stand ein Antrag der Linksparteien, das Sitzungszimmer den Fraktionen als Fraktionszimmer zur Verfügung zu stellen. Gen. Wexler bestanden den Antrag unter Hinweis darauf, daß es den Arbeitervertretern, mit deren Wohnungsverhältnissen es nicht gerade glänzend bestellt ist, unmöglich ist, die notwendigen Fraktionsräume in den Wohnungen abzuhalten. Der bürgerliche Verordnete Kretschmar beantragte Ablehnung des Antrages. Diefem Antrag schloß sich der Fabrikbesitzer Geißler an, dem es überhaupt nicht in den Kopf wollte, daß es notwendig ist, Fraktionsräume abzuhalten, und der dem Kollegium weismachen wollte, die bürgerlichen Vertreter können überhaupt nicht zusammenkommen. Hieran empfand sich eine ziemlich heftige Auseinandersetzung, in welche auch der SPD-Vertreter Lehner Müller mit eingriff und in deren Verlauf Herr Geißler wohl begriffen haben wird, daß man mit Arbeitervertretern nicht umgehen kann, wie mit dummen Tieren. Herr Geißler kann seine „Belehrungen“ ruhig unterlassen. Politische und gewerkschaftliche Arbeiter, die aktiv in der Arbeiterbewegung stehen, haben mindestens ebensolche Gründe im Kopf wie er. Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages mit 7 gegen 6 Stimmen. Getreulich stimmte auch der Kohlenhändler Fritz Gierth gegen den Antrag. Wir möchten dem jungen Herrn zu bedenken geben, daß sein Geschäft zum guten Teil auf den Kohlenbezug der Arbeiterklasse begründet ist und daß ein Wegbleiben dieser Kundschaf auf Grund keiner arbeitserfreundlichen Einstellung im Gemeindeparlament nicht unbedenklich sein dürfte.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden reibungslos abgewickelt. In dem Beschluß des Bauauschusses, den Weiterbau der Bergstraße baldigst vorzunehmen, wies Genosse Wexler darauf hin, daß sich hier Gelegenheit bietet, für die Erwerbslosen Arbeit zu beschaffen und dabei gleich das Pongesährde an der Bergstraße zu erledigen. Er wies ferner darauf hin, die Angelegenheit zu beschleunigen, damit diese Arbeiten noch unter Heranziehung der produktiven Erwerbslosenfürsorge durchgeführt werden können. — An die öffentliche Sitzung schloß sich die übliche Dankeskomme.

Der Arbeiterchaft von Bachwitz legen wir aus Herz, weiterhin den Zuschauerraum bis auf den letzten Platz zu füllen, damit sie sieht, wie ihre Vertreter repräsentiert werden, und lernt, die bürgerlichen Versprechungen als das anzusehen, was sie sind, nämlich hohle Phrasen.

Rundfunk

- Mittwoch, den 26. Januar: 3.30—4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin, Professor Dr. Amiel und Oberschullehrer Weßermann: Einheitsstaatslehre für Anfänger. 4.30—6 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.30—8.30 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Sächsischen Landesamtes für Arbeitsvermittlung. 6.50—7 Uhr: Deutsche Welle Berlin, Studentenrat Friedel und Rektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 7—7.30 Uhr: Dr. Strödel-Sauer: „Meine Forschung im Disputus.“ 7.30 Uhr: Wettervorhersage, Schneebericht und Zeitangabe. Das Zeitliche Beckhovens im Spiegel der Kultur. 7.45—8.15 Uhr: Vortrag: Dr. Valerian Lorenz: „Napoleons Aufstieg.“ 8.15 Uhr: Orchesterkonzert, Dirigent Alfred Szendrei. Orchester: Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Funkprange. 10.10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.25 Uhr: Funkbreitl.

Arbeiter-Radioklub Freital. Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr im Gasthof zum Steiger Bafelabend. Bau eines Niederfrequenz-Verstärkers.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostfachsen: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Willy Schneider, Freital. — Druck: „Vorschau“, Druckerei Allice Dresden.

Es dämmert im reaktionären Freiberg

Am Freitag, den 21. Januar, fand in Freiberg eine vom Reichslandkomitee einberufene öffentliche Versammlung statt, die einen überaus starken Besuch aufzuweisen hatte. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß seit 1923 keine Versammlung (ganz gleich von welcher Partei einberufen) einen derartigen Besuch aufzuweisen hatte. Mit größter Spannung lauschten die Besucher den Ausführungen des als einziger Arbeiter an der zweiten Arbeiterdelegation beteiligten Sozialdemokraten Karl Günzel, der in 1 1/2stündigen Ausführungen seine Erfahrungen in Rußland schilderte. Rein natürlich, nicht mit fälschlicher „Wissenschaftlichkeit“ gemengt, gab der Vortragende keine Einbrüche wieder, die er am Schlusse kurz dahin zusammenfaßte, daß er in Rußland gesehen habe, daß die arbeitende Klasse an der Arbeit zum Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens sei. Er mußte jedoch gleichzeitig die tiefbedauerliche Feststellung machen, daß in Deutschland leider seit 1918 der Weg nicht vorwärts, sondern rückwärts gieng. Nach Beendigung der Ausführungen Es wurde folgende, inzwischen eingereichte Resolution verlesen:

„Die vom Reichslandkomitee Freiberg einberufene öffentliche Versammlung, die von Hunderten von Einwohnern aller Bevölkerungsschichten besucht war, wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die in letzter Zeit immer heftiger und unanständiger geführte Hetze gegen die Sowjetrepublik.“

Diese Hetze gegen die Sowjetunion ist mit den Interessen der werktätigen Bevölkerung unvereinbar und dient nur der imperialistischen Ausbeuterklasse, die gestützt auf eine solche Hetze, einen neuen Ueberfall auf den einzigen Arbeiterstaat vorbereitet.“

Die Versammelten begrüßen die Entsendung von Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland. Sie sehen darin auch ein Mittel, die Annäherung des deutschen und des russischen Volkes zu fördern. Daraus ist es notwendig, jeden Widerstand gegen die Entsendung von Arbeiterdelegationen zu brechen und endlich eine offizielle Delegation der führenden Gewerkschaftsorganisationen zu entsenden.“

Zur Förderung der Verständigung zwischen der Sowjetarbeiterklasse und der Arbeiterklasse Deutschlands im besonderen, zwischen der Sowjetunion und Deutschland im allgemeinen, sind alle Schritte zu begrüßen. Die Versammelten begrüßen nicht nur die Entsendung von deutschen Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland, sondern sie sind der Ansicht, daß es notwendig ist, endlich einmal eine Delegation von russischen Arbeitern und Angestellten nach Deutschland zu senden.“

Gegen Kriegsgeld und Rußlandhetze!
Für die enge Verbindung mit Sowjetrußland!
Für die Verbrüderung mit der russischen Arbeiterklasse!
Für die Entsendung von Arbeiterdelegationen!
das sind die Forderungen aller Werktätigen.“

Ergänzend zu den Ausführungen Günzels sprach dann noch der mit an der Delegation beteiligte Gen. Ciemer-Chemnitz, der besonders eindringlich den sozialdemokratischen „Sowjet-

granatenwindel“ der Künzler u. Co ins rechte Licht rückte, der nachwies, wie bewußt konterrevolutionär die Vertreter dieser Schwindelnotizen arbeiten, dabei nur im Auge haben: Wie bekommen wir Winstriersekel? Der lebhafteste Beifall am Schlusse der Ausführungen beider Redner, sowie auch der Hochrufenentwurf bewiesen, daß auch die Anwesenden in ihrer überwiegenden Mehrheit erkannt haben, daß für die deutsche werktätige Bevölkerung nur ein Anschlag an den ersten Arbeiter- und Bauernstaat in Frage kommen kann, daß auch der Einheitsgedanke der Werktätigen in Freiberg zu wachsen beginnt und daß derselbe auch nicht durch Ausschluß-Quintessen der im Arbeiterlager lebenden Konterrevolutionäre zu hindern ist. Da kein Gegner sich zum Wort meldete (obwohl der anwesende, jetzt bei Hitler gelandete Unionist Ränger zuvor eifrig notierte), wurde die gutbesuchte Versammlung 11.30 Uhr geschlossen.

Freiberger Justiz

Das Freiburger Gericht ist schon jahrzehntelang berühmt wegen seiner harten Urteile gegen Arbeiter. Anders sieht es aus, wenn schon einmal Anhänger der sozialistischen Kampforganisationen vor diesem „Tribunal“ stehen. Hier wieder ein Fall von den vielen. Am 15. Mai 1926 fand in Tharandt ein Kampagnenball des Verwoßl statt, bei dem man nach einer arbeiter Seite dem Alkohol sehr reichlich zusprach, um dann genügend Mut zu besitzen, den „teufelischen Frontgeiß“ an den Mann zu bringen. Eine Kolonne dieser „Wölfe“, darunter ein Monteur Ritter, Kaufmann Frohnhöfer und ein Chauffeur Franzke, wollten nun den früh 5.29 Uhr in der Richtung Dresden fahrenden Zug benutzen, um wieder in die Rücklage ihrer Mütter zurückzukehren, wo sie wahrlich besser aufgehoben sind. Auf dem Tharandter Bahnhof vollführten sie nun ein „Heldengedre“ und verdrängten auf den Zug, der sich schon im Fahren befand, aufzuspringen. Der Assistent König verbot den „großen Kindern“ das Betreten der Wagen, was diese mit einem wilden Geschrei und einer Bedrohung beantworteten. Als der Polizeioberwachmeister Rother die beiden Gefellen Ritter und Frohnhöfer in das Stationsgebäude mitnahm, um dort die Personalkarte festzustellen, erklärte Frohnhöfer: „Ich werde gleich 100 Mann aus der Stadt holen lassen, die diese Fude führen.“ In der ersten Instanz wurden die Helden vom Amtsgericht Tharandt zu je einem Monat Gefängnis und 50-60 Mark Strafe verurteilt. Gegen dieses milde Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein — und was geschah in Freiberg? Man hob die Schuld dem Bahndienstleiter und dem Polizeioberwachmeister zu dem diese seien an dem „groben Unfug“ schuldig, indem sie durch Taktlosigkeit die Kerzen der Herrern nicht hätten. An der Staatsanwaltschaft sei bei Bewußtsein zu zweifeln. Das Landgericht reduzierte die Freiheitsstrafe auf je eine Woche und erhöhte die Geldstrafe auf ein paar lumpige Mark. — Wie aber würde das Urteil ausfallen, wenn sich Reichsbannerleute oder gar rote Frontkämpfer ähnlich verhalten hätten? Wir überlassen das gerichte Urteil nicht nur über die Angeklagten, sondern über die Richter der Arbeiterschaft.

Ein Mietervertreter verrät seine Wähler an die Hausbesitzer

Köschendorf. Vor überfülltem Zuscherraum fand die erste Sitzung des neugewählten Stadiverordnetenkollegiums im neuen Jahre statt. Bürgermeister Hans begrüßte die neuen Stadiverordneten. Nachdem er noch einen Tätigkeitsbericht gegeben hatte, ging man zur Wahl des Stadiverordnetenvorstehers, Stadiverordneter König (Dnt. Sp.) nimmt für keine Fraktion (Bürgerl. Einheitsliste) nach angelegtem parlamentarischen Brauch den ersten Vortrager in Anspruch. Auch im Vortrage hätten sie für Herrn Schwarz (Soz.) gestimmt, und deshalb sollte auch die Linke für sie stimmen (Laut in Zuscherraum). Er schlägt Herrn Cantis (Beamtenliste und Demofrat) als einzigen Vertreter dieser Linie vor. So unendlich die Demokraten in ihrer Politik im Reichs- und Landesparlament sind, so auch hier dieser Vertreter. Die ganzen Jahre hindurch hat dieser die gemeinsamen Fraktionszusammenkünfte mit der bürgerlichen Einheitsliste abgehalten, als es aber galt, einen Voten zu ergattern, um in der Defizitliste eine Rolle zu spielen und in die Gefahr stehende bürgerliche Mehrheit zu sichern, schloß er sich den Beamtenleuten an und nahm die Wahl des Vorsitzenden an. Von seinen der Linken wurde Gewerkschaftsangehörtler Zimmermann (Soz.) vorgeschlagen. Zum Vorsteher wird Herr Cantis mit 12 gegen 11 Stimmen gewählt. Dies konnte nur dadurch geschehen, weil die 3 „Mietervertreter“ sich gespalten hatten. Durch Verhandlungen der KPD, SPD und Mieterfraktion war eine „Linksmehrheit“ zustande gekommen, die aber in der ersten Sitzung aufflog. Der „Mietervertreter“ und Oberpostsekretär Pömpner, der noch in der letzten Sitzung erklärte, als treubühlerischer Mann halte ich die Abmachungen, die getroffen worden sind“, bewies in der ersten Stadiverordnetenversammlung gerade das Gegenteil, indem er der bürgerlichen Einheitsliste, die sich aus 10 Hausbesitzern und dem einen Vertreter der Beamtenliste zusammensetzt, seine Stimme gegeben hat. All den Wählern, welche Herrn Pömpner ihre Stimme gegeben haben, muß dies eine Lehre sein, da er die Partei, die für Mieterinteressen eintritt, gar nicht beachtet, sondern mit den Gegnern der Mieter Hand in Hand geht. Als erster Stellvertreter wird durch Jura Zimmermann (Soz.) einstimmig gewählt. Zum zweiten Stellvertreter wird der neugewählte Stadt. Herr Dietrich (Bürgerl. Einheitsliste) mit 12 Stimmen gewählt. Hieraus fanden die Wahlen der Ausschüsse statt, und durch diesen oben bereits erwähnten treubühlerischen Mann erhielten die Bürgerlichen überall die Majorität. Das tief begriffliche Erregung bei den Zuschauern hervor. Nach Erledigung der Wahlen stand noch ein Wahlanspruch der Herren Klar und Hein (Komm. Arbeiter-Partei) — Hiltzbewegung) zur Tagesordnung, welcher abgelehnt wurde. Die Wahrung von Arbeitslosigkeit für die ledigen Schreienarbeiter wurde genehmigt.

Ein beachtenswerter Vorfall kam hierauf auf Anfrage unseres Genossen Landrod aus letzter Sitzung zu Erledigung. Das städtische Bauamt hatte einen Kostenschlag für Ausbesserung einer Straße von 1900 M. gemacht, in Wirklichkeit wurden jedoch nur 320 Mark dafür ausgegeben und gebraucht. Den Herren war es natürlich nicht angenehm, daß wir als Protestanten auch in der Lage sind, derartige Berechnungen festzustellen. Genosse Hiltz (Komm.) beantragt hierauf, von dem Uebererschlag des Geldes den Schleusenarbeitern 2 Paar Gummitiefel zu beschaffen, und es ist sehr bemerkenswert, daß wegen dieser Anforderung ein Arbeiter bereits strafverurteilt worden sein soll. Der Forderung wurde stattgegeben. Die Ausführung des Beschlusses wurde dem Bauamt überwiesen.

Wähler und Wählerinnen von Köschendorf, lernt aus diesen Vorgängen. Häufig ist den wirklichen Arbeiter- und Mietervertretern, den Kommunisten, eure Stimme gegeben und nicht diesem Pömpner, so wären wir in der Lage gewesen, die bürgerlichen Hausbesitzer zurückzubringen. Es wäre uns dann eher möglich gewesen, der werktätigen Bevölkerung zu ihrem Recht zu verhelfen, wie es der Antrag von der KPD-Fraktion in letzter Sitzung gesagt hat. Die Stadtgemeinde mußte demzufolge die in Antrag gebrachte Reichswahlhilfe für Klein-, Sozialrentner und Erwerbslose zur Ausschüttung bringen.

Über trotz der bürgerlichen Ein-Stimmenmehrheit werden wir Kommunisten nichts unterlassen, um für die Interessen der werktätigen Einwohnerchaft von Köschendorf einzutreten, und wir fordern dazu alle Werktätigen auf, uns in unserem

Kampfe zu unterstützen. Die Stadtverordnetenitzungen regelmäßig zu besuchen, um selbst feststellen zu können, wer die wirklichen Arbeitervertreter sind.

Köschendorf. Der Volkschor Köschendorf (Mitglied des Arbeiterbundes) war am Sonntag, den 15. Januar, zu einem Hochzeitsständchen nach Pratzsch bei Meißen gefahren. Dort sang der Chor die Lieder, die in den Rahmen einer Familienveranstaltung durchaus paßten. Dann begab sich die Sängerchor in ein nahegelegenes Restaurant und leerte dort das Singen fort. Plötzlich jedoch hörte man ein Lied, das von Arbeiterjüngern im Allgemeinen nicht gelungen wird. „Stille Nacht, heilige Nacht...“ erörnte es aus den Reihen einer ganzen Anzahl von Arbeiterjüngern. Nicht alle sangen mit, als aber ein Sänger die anderen auf das Widerwärtige ihres Gesanges aufmerksam machte, schrie man ihm überlall. Wir verstehen wirklich nicht, wie Arbeiterlänger durch diese religiösen Gesänge den armen Kulturlosen Charakter ihrer Bewegung zum Teufel gehen lassen können! Das muß ein für allemal unterbunden werden!



Auch in Ottendorf-Trilla verschärfert die SPD den 3. Vorsteherposten an die Bürgerlichen

Ottendorf-Trilla. Die erste Sitzung der neuen Gemeindeverordneten wurde bei gutem Besuch der Einwohnerchaft vom Bürgermeister Richter mit den üblichen Normalitäten eröffnet. Das Stimmverhältnis der einzelnen Gruppe ist das gleiche wie vor dem. Von der KPD sind dieselben Genossen wieder eingezogen. — Da beim gleichen Verhältnis (KPD 4, SPD 8, Bürgerl. 7) bisher ein Antiprädikament bestand, war es für die KPD selbstverständlich, daß dieses auch jetzt wieder zustande kommen mußte. Seitens der SPD wurde der bisherige Vorsteher Tisch vorgeschlagen. Obwohl die KPD nach den rückliegenden Erfahrungen nicht erwarten dürfte, daß die SPD es fertig bringt, diesen Mann wieder zu präferieren, gab Genosse Wirth im Namen der KPD-Fraktion die Erklärung ab, daß die Fraktion trotz der Vorankündigung dem sozialdemokratischen Vorschlag die Stimme geben werde, weil die SPD für den Vorgesetzten ja selbst die Verantwortung zu übernehmen hätte. Die Bürgerlichen entzweiten sich der Abstimmung und Tisch (SPD) wurde nur mit den Stimmen der SPD und KPD zum Vorsteher gewählt. Als 1. Stellvertreter ist Genosse Laube den bisherigen Stellvertreter, Gen. Wirth, vor. Die Bürgerlichen

stühten den — nach dem SPD-Wahlflugblatt Mittelbeide neubewiesenen — Deutscher König an. Die Stimmzettel lauteten folgendes Resultat: Wirth (KPD) 4, König (Bürgerl.) 8 Stimmen. (Jurist aus dem Zuscherraum.) Es handelte sich um die Sozialdemokraten verabschiedungsgemäß den Wahlgerichten zum stellvertretenden Vorsteher persönlich geholfen hatten. Von der 8 Mann starken SPD-Fraktion waren 7 vertreten (König fehlte noch). Die Bürgerlichen wählten nur 7 Mann. Also hat 1 SPD-Gemeindevertreter auf seinen Stimmzettel den Namen „König“ geschrieben, während die anderen 6 Mann weiche Zettel abgaben. — Besser konnte die SPD ihren Willen zur bürgerlichen Koalition nicht dokumentieren. Wer von den Gemeindevorsetzern und aus der Einwohnerchaft das fortwährende Spiel zwischen der SPD und der bürgerlichen Fraktion, des Gewerkschaftsangehörigen Ringel (Kassierer im Schneiderverbande) beobachtet hatte, war sich keine Minute im unklaren darüber, daß dieser der „königliche“ Schreiber gewesen sein konnte. — Die Genossen Wirth, Kaiser und Firnkongel leiteten nun auch das Verhalten der SPD mit lahorien und treffenden Worten in das rechte Licht. — Hatte die SPD-Fraktion schon im Wahlkampf sich aus „Mitleid“ nicht gegen die Bürgerlichen, sondern nur gegen die Kommunisten gewendet, indem sie unwahre und irreführende Behauptungen aufstellte, die sie nie beweisen kann, so glaubte sie jetzt ihr schändliches Verhalten damit begründen zu können, daß sie private und persönliche Belange einzelner KPD-Gemeindevertreter in geschäftliche Art und Weise herbeizuzubereitete. Diese Kampfesweise blieb in der Hauptsache wiederum dem Gewerkschaftsangehörigen Ringel überlassen, der zum Schluß sogar noch die persönliche Dummheit beging, sich als Anhänger der KPD vorzustellen. Bisher noch an dieser Einstellung Ringels geweiht hatte, wurde jetzt tatsächlich eines besseren belehrt. Er zitierte neben seinen anderen alloszialistischen Ergüssen aus einer Nummer der Arbeiterstimme einen Artikel, der in gewissen Fragen die konsequenter Haltung der KPD-Anhänger (in puncto Wirth) im alten Landtage gegenüber den „Linken“ stellte und nahm, was das wesentliche dabei ist, diese Tatsachen für sich, vielleicht auch für einige seiner Fraktionsgenossen — in Anspruch. Die Koalition im Kleinen wie im Großen — die Einheitsfront ist hergestellt. Der Wille der proletarischen Wählerchaft ist aber durch dieses Spiel der Sozialdemokraten mit Wirth getrieben. Wir werden sehen, welche Taten diesem Streibe folgen. Der Einwohnerchaft möchten wir aber dringend empfehlen, mehr wie bisher die Gemeindevorordnetenitzungen zu besuchen. Die Wahlen zu den verschiedenen Ausschüssen erfolgten entsprechend den eingereichten Vorschlägen nach dem Stimmverhältnis der Fraktionen. Die KPD-Fraktion ist in den Ausschüssen wie folgt vertreten: Bau- und Verwaltungsausschuss: Wirth, Kaiser, Feuerlöschkomitee: Laube; Gewerkschafts- und Wohnsausschuss: Kummlich; Spar- und Wirtschaftsausschuss: Wirth, Kaiser, Firnkongel; Schulsausschuss: Wirth, Kaiser, Firnkongel als Gemeindevorordnete, Wirth, Kaiser als Elternvertreter. Der Stimmverhältnis soll in nächster Sitzung gewählt werden, da bisher 7, in Zukunft aber nur 5 Vertreter, gleich den anderen Ausschüssen, festgelegt werden, was eine Veränderung des Ortsgebietes bedingt. In den Wohnungsausschüssen werden noch Vertreter der Mieter und des Hausbesitzes aus der Einwohnerchaft berufen, was nach eingereichten Vorschlägen ebenfalls in der nächsten Sitzung erledigt werden soll. Organisationsvertreter der Kriegsbeschädigten. Involldien, Kinderreichen um sind noch nicht berufen, weil Vorschläge noch nicht eingereicht waren. In der Schulausschüsse ist vom Gemeindevorsteher Richter entlassen. Wie der Gemeinderat in den anderen Ausschüssen vertreten sein wird, steht noch nicht fest, da einseitigen noch der alte Gemeinderat im Amte ist. Ein auf der Tagesordnung stehender Antrag der SPD, Bildung eines Fortbildungsausschusses betr., wurde — zurückgezogen! — Im laufenden Jahre aus Mitteln der Mietenshäuser 4000 M. für zwei untererde Familien als Hausarbeiten übergestellt. Der Staat gewährt bekanntlich Beihilfen, die dann die Gemeindevorsetzungen für den Bau dessen können. In ganz Sachsen sollen circa 100 Familien bedacht werden, die Anwesen der dringlichsten Fälle bleibt dem Bezirksverwalter überlassen. — Da die unersetzlichen Zustände in den hiesigen Schulen eine baldige Besserung bedingen, soll das seit Jahren im Auge habende Projekt wieder in Angriff genommen werden. Der Schulausschuss hatte einen diesbezüglichen Antrag gestellt, der Gemeinderat beschloß, an den Staat die dringende Forderung zur Gewährung der notwendigen Mittel zu richten; diesem Beschlusse wurde einstimmig beigestimmt. Man darf nunmehr gespannt sein, wie viel der „Vater“ Staat für diesen wichtigen kulturellen Bau einer neuen Schule übrig hat; denn davon soll die Bewirtung des Planes abhängig sein. — Als letzter Punkt stand folgender Dringlichkeitsantrag der KPD auf der Tagesordnung: „Die Erwerbslosenkontrolle und Ausschüttung der Unterstufungsgelder hat in einem anderen, den Verhältnissen entsprechenden, geeigneteren Räume stattfinden.“ Der Begründung des Gen. Wirth konnte sich niemand verschließen, er mußte doch selbst bei schlechtem Wetter die immer größer werdende Zahl der Erwerbslosen mitunter stundenlang auf kalten Treppentritten und auf dem Hofe stehen. Die KPD schlug vor, den Nebenraum des Rathstellers zu verwenden, was auch einstimmig beschlossen wurde. — Nach der öffentlichen Sitzung Dunkelkammer. Hinterher hat noch ein gemütliches Beisammensein der Bürgerlichen stattgefunden, dem sich einige bekannte Sozialdemokraten angeschlossen haben. Dieser „Beisammensein“ der Einheitsfront sind ferngeblieben; die KPD-Fraktion und die SPD-Vertreter Fehold und Hornuff. Ob dabei über die üblichen Kompfmethoden der Bürgerlichen im Wahlkampf der Sozialdemokraten und die Sache verhandelt worden ist, wird die nächste Zeit schon lehren!

Wildberg. (Gemeindevorsetzertagung.) Am Donnerstag, den 6. Januar, fand die erste Sitzung des neuen Verordnetenkollegiums statt. Das neue Verordnetenkollegium leitete sich aus 2 KPD-Vertretern (bisher 1), 2 SPD-Vertretern (bisher 3) und 3 Bürgerlichen zusammen. Erschienen waren alle bis auf einen SPD-Mann, der auf Reisen war. Von den Wählern wurde der Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters, Erzur wurde gewählt. Als erster Vorsitzender der Gemeindevorordneten wurde Ernst und Gutschneider (Bürgerl.) vorgeschlagen. Beide Vorschläge erhielten 3 Stimmen, und es mußte das Los entscheiden. Das Los fiel auf Ernst. Als Schriftführer wurde ebenfalls durch Los der Monarchist von der Beden gewählt. Weiter wurden verschiedene Ausschüsse gewählt, in welchen unsere Genossen mit vertreten sind. Bei den Wahlen gab es verschiedene Zwischenfälle, bei denen z. B. das Wort „besessen“ nicht Wertigkeit Wildbergs! Erhielt vollständig in den Sitzungen und überzeugt euch, wer eure Interessen vertritt!

Dippoldswalde. Seitens der Arbeiterschaft werden seit neuerer Zeit in die bürgerliche Presse sehr hübsche Interessen lanciert, so zum Beispiel folgendes:

„Nicht nach Schema F geschieht die Zuweisung von Bewerbern durch den öffentlichen Arbeitsnachweis, die Vermittlung erfolgt ausschließlich nach dem Grundjah der Eignung und keinesfalls nach der Nummer.“

Erwerbslose, was belagert dieses Interat? Du kannst bei 5000 Arbeitlosen die Nr. 1 haben, so bekommst du keine Arbeit zugewiesen. Wenn du triebst oder Gefinnungsstunde bist, dann — ja, dann kannst du etwas Arbeit erhalten. Wenn du Tariflohn verlangst, nicht mehr als acht Stunden arbeiten willst, oppositionell eingestellt bist, dann kannst du dauernd stempeln gehen. Die Praxis sieht dies. Wir erinnern nur an die Fälle Wolf, Walter, Holzschuh usw. Nicht einmal Notstandsarbeit bekommt du zugewiesen. Der öffentliche Arbeitsnachweis ist zum Unternehmerbittel geworden. Wo bleibt das Gesetz? Und die Gewerkschaften-lantiktionen diese Verhältnisse, sie nehmen sie als etwas „Unabänderliches“ hin! Erwerbslose Vorfälle, wie lange wollt ihr euch diese zum Himmel stufenden Vorfälle noch gefallen lassen? Angst an, müsstet aus, abnichtig, damit solchen Elementen, die aus der Not des Volk noch Nutzen ziehen, der endlich verdiente Zutritt gegeben wird. Arbeiter in Betriebe, trübt euch ein in die Kampffront euren arbeitslosen Brüdern!

Lenin und die Gewerkschaften

Die Klasseninteressen der Bourgeoisie erzeugen unvermeidlich das Bestreben, die Gewerkschaften auf eine engbegrenzte Tätigkeit auf dem Boden des bestehenden Systems zu beschränken, sie von jeder Verbindung mit dem Sozialismus fernzuhalten. Die Neutralitätstheorie ist das ideale Gewand dieser bürgerlichen Bestrebungen.

(Lenin in einem Artikel des „Proletarier“ vom 16. Februar 1908.)

A. E. Für Lenin war während seiner ganzen fruchtbarsten Tätigkeit, genau wie für Marx, Rosa Luxemburg u. a. große Führer des Proletariats, die Gewerkschaftsbewegung niemals eine Sache, die nur die „berufenen“ Gewerkschaftsführer angeht und in die die Partei nicht „hineinzureuen“ hat. Lenin hat in den verschiedenen Zeitabschnitten zwar nicht schematisch immer die gleiche Stellung zu den auftauchenden Gewerkschaftsfragen eingenommen, aber eindeutig und klar hat er stets die Auffassung vertreten, daß die Partei aktiv an der Führung der Gewerkschaften teilnehmen, sie ständig beeinflussen und ideologisch beherrschen muß; ja, daß die Durchsetzung des kommunistischen Ziels ohne Ausnutzung der Gewerkschaften, als den Massenorganisationen des gesamten Proletariats, gar nicht möglich ist.

Aus diesem Grunde bekämpfte Lenin nicht nur die Theorie der politischen Neutralität der Gewerkschaften als eine rein bürgerliche, im Interesse des Kapitals liegende Tendenz (siehe obiges Zitat), sondern er sah es auch für die Pflicht der Partei an, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften die proletarische „Klassenlinie“ einhalten. In seiner berühmten Broschüre: „Was tun?“ 1902 schreibt Lenin:

„Daß die Gewerkschaften nur aus Proletariaten bestehen, genügt nicht. Sie sind nur dann eine Klassenorganisation, wenn sie die Klassenlinie innehalten, eine Klassenpolitik verfolgen.“

Diese Worte waren gegen den Trade-Unionismus, d. h. gegen die „Aragewerkschaft“, gerichtet, die eine bewußte politische Einwirkung der Partei auf die Gewerkschaften verhindern wollten. Sie richteten sich speziell auch gegen die Reformisten in der damaligen russischen Partei, die eine bewußte revolutionäre Einwirkung und Organisation des proletarischen Kampfes durch die Partei für falsch hielten und die Auffassung vertraten, daß die Spontaneität der Massen, d. h. nur der Arbeiter selbst und die Kämpfe gegen das Kapital, die von den Arbeitermassen selbst ausgehen, Erfolge für die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften haben können.

Trotz die Worte Lenins sind heute, nach 25 Jahren, genau so aktuell wie damals und treffen ganz besonders auf die gegenwärtige deutsche Gewerkschaftsbewegung zu. Verbergen doch gerade die deutschen A. D. G. B.-Führer hinter ihrer bürgerlichen Neutralitätstheorie ihre rein kapitalistische Wiederanknüpfung, Rationalisierung und Arbeitsgemeinschaftspolitik. So wie es Lenin kritisch formuliert, flehen sie sich bei ihrer gesamten Tätigkeit „auf dem Boden des bestehenden Systems“. Sie nennen das zwar etwas anders, sprechen von „Realpolitik“, von „sich auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stellen“ usw. Weil sie dabei die Klassenlinie vollkommen verlassen haben, müssen sie sich ganz automatisch konterrevolutionär und für die Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft betätigen. Wir sehen daraus, welche Konsequenzen ein Abweichen von der Klassenlinie haben muß und wie wichtig und entscheidend der von Lenin vertretene Grundgedanke für die Gesamtpolitik der Gewerkschaften ist. Daraus ergibt sich auch die von Lenin ausgesprochene Notwendigkeit, daß sich eine revolutionäre Arbeiterpartei mit allen Grundfragen der Gewerkschaftsbewegung befassen und alle Mittel anwenden muß, um in diesen Massenorganisationen die Einwirkung der revolutionären Klassenlinie durchzuführen.

Wir haben in der Entwicklung der alten deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege in umgekehrtem Sinne ein sehr lehrreiches Beispiel. Auch die deutsche Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit beschäftigte sich mit der Gewerkschaftsfrage. Besonders scharfe Auseinandersetzungen fanden in der Zeit von 1890 bis 1906 mit der damaligen Generalkommission (heute A. D. G. B.) statt. Doch mit Ausnahme von Rosa Luxemburg und ihren damaligen engeren politischen Freunden ging der Kampf nicht im Leninischen Sinne um die revolutionäre, politische Beeinflussung und Führung der Gewerkschaften, sondern der Vorstoß ging von den Gewerkschaftsführern aus. Sie versuchten, alle Parteifaktionen, durch die angeblich die „ruhige“ Entwicklung der Gewerkschaften gefährdet würde, zu hemmen. Also, die Gewerkschaften bzw. ihre Spitzenvertreter, die Partei zu beeinflussen und zu beherrschen, und sie bürgerlich zu steuern. Von 1906 ab wurde im Grunde die Parteipolitik von den Gewerkschaftsführern in weitgehendem Maße beeinflusst, fast umgekehrt die ideologische Beherrschung der Gewerkschaften durch die Partei. Der heutige dominierende Einfluß der SPD. beruht auch nur darauf, daß die Gewerkschaftsführer gleichzeitig die maßgebenden SPD.-Führer wurden und daß dadurch die SPD. ebenfalls längst schon von der „Klassenlinie“ abgewichen ist und sich der bürgerlichen, reformistischen Politik der Gewerkschaftsführer restlos angeschlossen hat. Heute wagt die SPD. gar nicht mehr die Gewerkschaftsfrage auf ihren Parteitagungen und Konferenzen zu behandeln. Die Leipziger, Trautmann, Larnow und Genossen dulden selbst von einem Wels und Scheibemann an hierin keinerlei „Einschneidung“. Aber umgekehrt drohen die Fäden und Genossen mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaftspartei, wenn die SPD. nicht nur politisch und ideologisch ganz ihren Wünschen entspricht, sondern auch in Bezug auf die oberen Partei- und Parlamentarierposten nicht die von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Personen widerspruchslos annimmt. Die sozial-faschistische NSD. in Sachen ist das Werk der konterrevolutionären Gewerkschaftsführer und bildet den Schlüsselstein einer Entwicklung, in der nicht die sozialistische Partei, sondern die reformistische Gewerkschaftsbewegung die ideologische Führung in der Arbeiterbewegung inne hatte.

In Rußland unter der Führung Lenins: Sieg der proletarischen Revolution — in Deutschland unter der Führung Legins, Leipziger und Genossen: Sieg der konterrevolutionären und Einseitigen der Gewerkschaften in das Lager des Kapitalismus. Diese Gegenüberstellung zeigt jedem einfachen Proletarier die Richtigkeit des Leninischen Grundgedankes.

Die Stellung der Gewerkschaften während und nach der proletarischen Revolution

Man hat Lenin eine widerspruchsvolle Haltung in Bezug auf die Stellung der Gewerkschaften in der russischen Revolution vorgeworfen, weil er unmittelbar nach der Oktoberrevolution für die feste organisatorische Verbindung der Gewerkschaften mit dem Staatsapparat eintrat und von 1920/21 ab sich für eine Selbstständigkeit der Gewerkschaften, ja unter Umständen für von den Gewerkschaften geführte Streiks in der Sowjetunion einsetzte. Diesen Vorwurf konnten nur Leute erheben, die die Entwicklung der russischen Revolution, wie überhaupt die Entwicklung und den proletarischen Wirtschaftsaufbau nach der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse nicht begreifen, ja nicht verstehen wollten. Lenin erkannte ganz klar, daß zum Sieg und der politischen Machtübernahme des Proletariats die Gewerkschaften als unmittelbare Staatsorgane benutzt werden müssen. Er schreibt darüber 1920 in seiner Broschüre „Die Kinderkrankheit des Radikalismus im Kommunismus“:

„Das Land regieren und die Diktatur verwirklichen ohne enge Zusammenhänge mit den Gewerkschaftsverbänden, ohne ihre feste Unterstützung, ohne ihre aufopfernde Arbeit nicht nur bei dem wirtschaftlichen, sondern auch bei dem militärischen



Jeder Funktionär, jeder Referent braucht diese für Informationsmaterial

Bestellungen an die Bezirksleitungen der SPD.

sehen Aufbau, das hätten wir natürlich keine 2 1/2 Monate, geschweige denn 2 1/2 Jahre gekostet.“

Nachdem jedoch durch Niederlagen der konterrevolutionären wirtschaftlichen Heere der Sieg und die politische Macht des Proletariats behauptet und endgültig befestigt war und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau geschritten werden mußte, stand die Frage ganz anders. Es machte sich die Einführung der neuen ökonomischen Politik notwendig. Unter diesen Verhältnissen mußten die Gewerkschaften Organe darstellen, die zwar nach wie vor den proletarischen Staat, die proletarische Diktatur verteidigten, aber andererseits auch die Wohlthaten haben mußten, die Interessen ihrer Mitglieder unmittelbar zu vertreten. Lenin stellte dazu folgenden Grundgedanken auf:

Wir haben selbstverständlich eine Diktatur des Proletariats, aber mit bürokratischen Auswüchsen, die sehr wohl wieder bekämpft werden können, durch den Staatsapparat, durch direkte Aktionen der Arbeiter selbst, deren gewerkschaftliche Organisationen die Interessen ihrer Mitglieder schützen, und damit gegen den Bürokratismus kämpfen.“

So entstand unter der festen Führung Lenins und der bolschewistischen Partei die heutige russische Gewerkschaftsbewegung. Sie ist heute aufgebaut auf einer vollkommen freien, individuellen Mitgliedschaft und personell geleiteten Beträgen. Sie kämpft innerhalb der russischen Wirtschaft, die sich zum weitesten Grade im Besitz des Arbeiterproletariats befindet, für die unmittelbaren Interessen der Arbeiter, ist aber andererseits sehr verbunden mit den Interessen des proletarischen Staates und an dem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft. Gleichzeitig sind aber auch die russischen Gewerkschaften der Vorkämpfer des internationalen Proletariats. Die russischen Gewerkschaften, nicht der Sowjetstaat, unterstützen ideologisch und materiell die gewerkschaftlichen Kämpfe in den kapitalistischen Ländern der übrigen Welt.

Gewerkschaften und Staat

„Oberster Glaubenssatz jeder Gewerkschaftsbewegung muß sein, sich nicht auf den „Staat“ zu verlassen, sondern auf die Kraft der ihr folgenden Klasse. Der Staat ist die Organisation der herrschenden Klasse. Vertraue nicht auf Versprechungen, vertraue auf den Zusammenschluß und die Erkenntnis deiner Klasse.“

Diese Worte kommen aus der Zeit der Kerenski-Regierung zwischen der russischen Februar- und Oktoberrevolution. Er wandte sich damit gegen die menschenwürdigen Gewerkschaftsführer, die genau wie die deutschen Sozialdemokraten die Ebert-Republik, ihren ganz auf kapitalistischer Grundlage stehenden Kerenski-Staat als den freien Volkstaat für die Arbeiter anpriesen, der alle Forderungen der Arbeiter erfüllen könne, wenn er von ihnen unterstützt und ausgebaut würde. Lenin vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß die Forderungen der Arbeiter nur im Kampf gegen diesen Staat und nur durch die Mobilisierung der eigenen proletarischen Klassenkräfte durchgesetzt werden können. Unter der Führung der Bolschewisten hat das russische Proletariat die Richtigkeit dieses Grundgedankes sehr schnell und gut begriffen und befestigend gehandelt.

In Deutschland dagegen vertraute infolge des Einflusses einer bolschewistischen Partei die große Masse des Proletariats den sozialdemokratischen Führern. Sie glaubte

an den Schwundel von der „freiesten Republik der Welt“. Sie vertraute auf den „demokratischen“ Staat, an dessen Spitze Ebert stand, statt sich auf die eigene Kraft zu verlassen. Wohin das geführt hat, weiß heute jeder deutsche Arbeiter, muß es in Gestalt von maßloser politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung am eigenen Körper erfahren.

Betrachtet man die ganze Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften bzw. ihrer Führung von 1918 bis auf den heutigen Tag, so können die Worte Lenins nicht oft und eindringlich genug in die Hirne der deutschen Proletarier eingeschlämmt werden. Sehen wir doch wie der A. D. G. B. in jeder Frage, ob es sich um Arbeitslosigkeit, Arbeitsentzug usw. handelt, sich immer darauf beschränkt, schöne Aufforderungen, Petitionen und Anträge an den „Staat“, d. h. an die jeweilige Regierung und die Parlamente zu richten. Immer und immer wieder wird den Arbeitermassen vorgegaukelt, daß der Staat ihre gerechten Forderungen erfüllen würde. Und schematisch wird dabei jeder eigene Kampf, jede Mobilisierung der Massen und der Gewerkschaften zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen auf Grund der Einsetzung der ganzen proletarischen Macht verhindert. Dementsprechend beschränkt sich auch die Tätigkeit der obersten Gewerkschaftsführer nur auf parlamentarische Verhandeln, auf gelegentliche Ministerbesprechungen und Forderungnahme der staatlichen Schlichtungsorgane. Die Arbeiterklasse Deutschlands und in allen kapitalistischen Ländern kann aber ihre Lage nur verbessern und ihren endgültigen Sieg über die kapitalistische Ausbeutung nur erreichen, wenn sie in ihrer Mehrheit sich den von Lenin aufgestellten Grundsatz zu eigen macht, wenn sie keinem bürgerlichen Staat irgendwelches Vertrauen schenkt, keinen kapitalistischen Staat direkt oder indirekt durch „Reichsbanner“ und ähnliche Organisationen unterstützt, sondern sich nur auf die eigene Kraft verläßt und den unerbittlichen Kampf gegen jeden kapitalistischen Staat führt.

Lenin über die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften

Was Lenin in Bezug auf die Betätigung der revolutionären Proletarier in den reformistischen Gewerkschaften gesagt und geschrieben hat, ist für alle Arbeiter in den kapitalistischen Ländern, ganz besonders in Deutschland mit das wertvollste Vermächtnis, das er uns hinterlassen hat. In seiner glänzenden Schrift „Kinderkrankheiten“ hat er die vortreffliche Rolle der reformistischen Gewerkschaftsführer, die ungeheuren Schwierigkeiten einer revolutionären Betätigung in den Verbänden, aber trotzdem die unbedingte Notwendigkeit in diesen reformistisch geleiteten Gewerkschaften zu arbeiten, in einer unübertrefflich genialen und eindeutigen Weise klarlegt. Mit unerbittlicher Schärfe trat er dort jenen „radikalen Revolutionären“ entgegen, die das Verbleiben und die Arbeit in den reformistisch geleiteten Gewerkschaften als opportunistisch und nichtrevolutionär bezeichneten und daher für die Gründung neuer, „reiner“, revolutionärer Gewerkschaften eintraten. Lenin wies scharf nach, daß diese „radikalen Kommunisten“ objektiv konterrevolutionär wirken, weil sie durch Abspaltung und Isolierung der revolutionären Arbeiter die große Masse des Proletariats den Reformisten überlassen. Lenin schreibt: „Der Kommunist muß es verstehen, gerade die Rückschlüsse aufzuklären, unter ihnen zu arbeiten; seine Aufgabe besteht aber keineswegs darin, einen Trennungsschnitt durchzuführen, sondern radikalere Lösungen zu erzielen... und gerade eine solche Arbeit begehren die „radikalen“ deutschen Kommunisten, die aus dem reaktionären und gegenrevolutionären Geist der Oberhäupter der Gewerkschaftsverbände schließen auf die Notwendigkeit der Partei: Ausritt aus den Gewerkschaftsverbänden! Ablehnung der Arbeit in ihnen! Schaffung von neuen, ausgedachten Formen der Arbeiterorganisation! Das ist eine unermessliche Dummheit, die gleichbedeutend mit dem größten Dienst ist, den die Kommunisten der Bourgeoisie erweisen...“

Diese Sätze sind auch heute, wo es leider immer noch geschäftsmäßig revolutionäre Proletarier gibt, die den „radikalen“ Karren, wie Meyer, Schuhmacher, Kaiser und Samidke nachlaufen, noch genau so aktuell wie vor sieben Jahren. Immer wird in der revolutionären Arbeiterbewegung leicht die Tendenz aufkommen, statt die schwierige Arbeit der Revolutionierung der Massen in den reformistischen Gewerkschaften zu leisten, neue, „bessere“ Gewerkschaften zu gründen. Die bitteren Erfahrungen, die gerade die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland durch die Massenaustrittsbewegung in den Jahren 1923/24 machen mußte, hat erst durch die reale Wirklichkeit gezeigt, wie klar Lenin schon 1920 die Entwicklung auch in Deutschland beurteilt hat. Aber auch jenen Genossen, die gegenüber den immer raffinierteren Methoden der Reformisten an dem Erfolg unserer Arbeit in den Gewerkschaften manchmal verzweifeln und der Auffassung sind, daß Lenin bei Abfassung seiner Broschüre eine solche Niedertracht und Gemeinheit, wie sie ihnen gegenüber von ihren reformistischen Verbandsführern geübt wird, nicht gekannt hätte, müssen folgende Sätze Lenins entgegengesprochen werden:

„Kein Zweifel, die Herren „Wähler“ des Opportunismus werden zu allerhand Anfeinden der bürgerlichen Diplomatie, zur Hülfe der bürgerlichen Regierungen, Pfaffen, Polizei, Gerichte ihre Zustimmung nehmen, um den Kommunisten den Weg in die Gewerkschaftsverbände zu sperren, um sie auf jede Art und Weise von dort zu verdrängen, um ihre Arbeit innerhalb der Gewerkschaftsverbände möglichst unangenehm zu machen, um sie zu beleidigen, zu hängen und zu verfolgen. Man muß es verstehen, dem allen Widerstand zu leisten, sich zu jedem und allen Opfern zu entschließen, und nur um in die Gewerkschaftsverbände einzubringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“

Also Lenin hat die Leipziger und Genossen sehr genau gekannt, um ihnen jedes Mittel, auch das schärfste, in ihrem Kampf gegen die Kommunisten zuzutragen. Wenn er trotzdem für das unbedingte Verbleiben, unermüdbare Arbeiten aller Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften eintrat, so eben deshalb, weil die Kommunisten fest mit der im Proletariat entscheidenden Masse verbunden sein müssen. Diese Massen zu gewinnen, die Hunderttausende und Millionen organisierter Proletarier dem Einfluß der Reformisten zu entreißen und in die rote revolutionäre Front einzureihen, das war der Wille und die Grundabsicht Lenins in der Gewerkschaftsfrage. Im Leninischen Sinne in den Gewerkschaften zu arbeiten, das ist heute die wichtigste, kommunistische Parteiarbeit, das ist eine der wichtigsten Seiten in der Gesamtaufgabe der kommunistischen Partei, in der Organisation der Revolution.

Ein Kommunist, der daher heute noch außerhalb der Gewerkschaften steht, ist alles andere, nur kein Leninist.

Oppositionelle Betriebsräte! Heute abend 7 Uhr im „Brandenburgischer Hof“, Berliner, Ecke Peterstr. Erscheinen Pflicht!
Vollversammlung! Erscheinen Pflicht!
Thema: Der Kampf um den 8-Stunden-Tag und die Betriebsräte!

Polizei im Bauhner Rathaus

Heldwibel Jung kommandiert die bürgerlichen Abgeordneten.

Die zweite Stadtverordnetenversammlung des neugewählten Kollegiums nahm einen interessanten Verlauf.

Nachdem die Kenntnisnahme und der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war, erklärte der Deutschnationale Jung, daß der zweite Punkt der Tagesordnung, die Ausschüsse betr., abgelehnt werden soll. Es waren seit der ersten Sitzung 14 Tage verstrichen und die Wahlen in allen Einzelheiten vorbereitet. Herr Jung nahm sich nicht einmal die Mühe, seinen Antrag zu begründen. Erst der Stadtoberordnete Werner (Demokrat) enthielt die ganzen Absichten der bürgerlichen Fraktion. Die Deutsche Volkspartei hatte gefordert, daß der Zentrumsmann Brugger wieder in den Rat gewählt wird; die Demokraten aber wollten einen eigenen Vorschlag bringen. Aus diesem Grunde wolle jetzt die Volkspartei den Demokraten einige Ausschüsse nehmen. Herr Kraut (SPD) hatte von den Deutschnationalen ebenfalls einige Ausschüsse erhalten und sollte als Gegenleistung für das deutschnationale Ratemitglied kommen. Dieser erbärmliche Schacher ist der Grund, weshalb die ganzen vorbereiteten Arbeiten zu den Ausschüssen über den Hausen geworfen werden und dieser Punkt von der Tagesordnung abgelehnt wurde. Andere Fraktion dachte diesen Schwinkel auf und zeigte den Bauhner Arbeitern, daß die Deutschnationalen auch im Bauhner Stadtparlament verfaulen, alle Möglichkeiten auszunutzen für ihre Aufstiegsleiter, die Großbourgeoisie. Charakteristisch ist, daß alle die Gruppen, die vorgaben, einen Kampf zu führen gegen die Absichten des Finanzkapitals, ohne weiteres auf das Kommando des ordnungsgemachten Heldwibels Jung einschwenkten und der Ablehnung zustimmten. Herr Jung hat sich selbst, obgleich er ein guter Katholik zu sein vorgibt, entlarvt, indem er die Behauptungen Krauts zurückwies, die aber später in der Diskussion bestätigt wurden. Der Vertrauensmann der landständischen Bank, Herr Hausmann, machte mit den Deutschnationalen Einheitsfront, er untersteht sich grundsätzlich nicht von Dr. Schmidt.

Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß dieses Theater wirklich bald von den Arbeitern unmöglich gemacht werden muß. Hier sieht das Proletariat, daß es diesen „Vertretern“ der Bauhner Einwohner gar nicht darauf ankommt, ihre ihren Wählern gegebenen Versprechen einzuhalten, sondern daß sie ihre politischen Funktionen nur benutzen, um ihre eigenen Geschäfte zu besorgen, die Ausbeutung der breiten Massen zu verstärken. Nach der Abstimmung wurde leitend der Sozialdemokraten und Kommunisten Opposition getrieben. Die Bürgerlichen waren vollständig verzweifelt, sie waren nicht in der Lage, die scharfen Angriffe unserer Fraktionsredner auch nur im mindesten zu unterstützen. Nachdem der nächste Punkt — Bericht auf Eintragung einer Eigentümerhypothek — einstimmig genehmigt wurde, fand eine Ratssitzung betr. Vergütung bei Schülerwanderungen zur Beratung. Diese Vorlage des Rates wurde abgelehnt und eine feste Vergütung der Lehrer auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Ratssitzung angenommen. Der Rat wollte an diesen Ausgaben sparen und nur eine Pauschallumme festsetzen, die natürlich möglichst herabgedrückt werden sollte. Dieser Art von „Sparmaßnahmen“ wurde entgegengetreten, weil die

praktische Ausweisung eine Benachteiligung der jüngeren Lehrer, insbesondere an den Volksschulen, die Folge der Ratssitzung sein würde.

Der Polizeidezernat Dr. Förster hatte Polizeibeamte ins Rathaus beordert, um die reaktionären Maßnahmen der bürgerlichen Einheitsfront gegen die Arbeitervertreter zu unterdrücken. Genosse Hoop rechnete ab mit dem Bürgermeister, der ganz gönzlich erklärte: „Die Polizei bleibt!“

Hier wird wiederum bewiesen, daß es ein Unsinn ist, wenn die Sozialdemokraten fordern, man solle doch das Parlament nicht diskreditieren. Die Handlungen der Rechte der Bourgeoisie aber beweisen nur den Fortschritt der Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Arbeiter gehen an den Vorgängen, wie notwendig es ist, sich in den Betrieben zu organisieren in der Einheitsfront gegen die Ausbeuter. Wenn Förster denkt, mit der Polizei uns Kommunisten schrecken zu können, so lachen wir darüber. Weiterhin ist es ein Skandal, wie durch solche reaktionäre Maßnahmen die Beamten der Polizei abgehunden werden, deren Dienst schon ohnehin unendlich lang ist. Auch die Polizeibeamten werden nicht ewig den Bürgern dienen; eines Tages werden auch sie erkennen, daß sie in die Reihen der um ihre Existenz ringenden Werktätigen gehören.

Die Sozialdemokraten hatten einen „Sparantrag“ eingebracht, in dem sie forderten, die Aufwandserschließung des Vorstehers herabzusetzen. Unsere Genossen zeigten die ganze Erbarmlichkeit solchen Vorkommnissen auf. Die SPD stimmte für den Reichswahlkreis, sie stimmte für den Justizrat, sie stimmte für die Erhöhung des Bauhner Polizeibudgets sie stimmte für den Vergleich mit den Hochrentnern, der denen Hunderte Millionen zahlt. Im Gegenteil behaupten wir, daß gerade die Arbeitervertreter in den Parlamenten die meisten Ratwendungen haben, damit kein Arbeiter, der von seiner Partei ins Parlament geschickt wird, noch von keinem kapitalistischen Lohn Aufwendungen machen muß. Wir stimmen für den sozialdemokratischen Antrag, weil wir auf der anderen Seite nicht zugeben können, daß die Aufwandserschließung des Vorstehers einmal so hoch ist wie die der Stadtverordneten selbst. Im übrigen sind wir dafür, daß diese Dinge ordnungsgemäß geregelt werden.

Beim Antrag der Sozialdemokraten — Errichtung eines Krematoriums betr. — zeigte sich deutlich, daß die Profitinteressen des Kirchenbroschürens dem Rat höher stehen als die Interessen der Bauhner Einwohner. Solche Argumente weiß niemand der Gegner vorzubringen, nur die alte Leier, es sei kein Geld vorhanden, wurde gedröhnt. Die praktische Auswirkung dieses Antrages ist, daß der Rat weiterhin 10 Jahre prüfen wird, um eine Vorlage zu unterbreiten.

In einer kleinen Antrags beschwerte sich der Herr Gottschald (Wirtschaftspartei) darüber, daß die Stadt den kleinen Gewerbebetrieben nicht die Möglichkeit gäbe, im freien Wettbewerb arbeiten der Stadt zu erhalten. Beantwortet wird diese Anfrage in der nächsten Sitzung.

zufrieden sei. Den durch Krankheit geschwächten Arbeiter ließ er dann 100 Pfund schwere Säcke zwei Treppen hoch tragen, und als die Leute, um den Ueberlasteten vor dem Zusammenbrechen zu schützen, die Last in zwei Hälften teilten und der Inspektor dies sah, schlug er Börm und öffnete, daß es dies nicht dulden wolle, da die Arbeit zu lange dauere.

Am 15. Dezember 1920 mußte der Arbeiter aufhören. Er erhielt aber nun nicht sofort seine ihm laut Tarif zustehenden Deputate, sondern erst am 5. Januar 1921 gab man dem in tiefer Not Befindlichen einen Zentner Kartoffeln, und erst am 8. Januar sein restliches Getreide. Dieses erbarmungslose Verhalten des Herrn sollten sich die Arbeiterfrauen von Struppen merken. Vielleicht wird er dann nach dem Arbeiter lachen, dem er zu beschäftigen sich weigerte, daß er ihn wegen Arbeitsmangel entlassen hätte. — Auch über das Verhalten unseres sozialdemokratischen Bürgermeisters wird noch ein Wort gesprochen werden müssen, denn die Erlangung der Armenfürsorge für den Bedrängten war nicht leicht, und dem Herrn Bürgermeister war es mehr um die Unterschrift zur Rückzahlungspflicht zu tun, als um die Rettung aus tiefstem Elend.

Dohna. (Eine „Nachtfeier“ der SPD.)
Am Todestage Liebknechts veranstaltete die SPD unter Mitwirkung der SAJ einen Unterhaltungsabend. Eingangs hielt Stadtrat Kretschmar die übliche Propagandarede. Lehrer Böhmke, Heidenau, hielt ufrige Vorlesungen, J. B. Ein Junge trägt einen Topf Sauerkraut und Wurst, kommt auf dem Wege zu Fall und so daß er mit dem Gefäß ins Sauerkraut zu liegen kommt usw. Nachdem erschien auf der Plattform des feierlich rot geschmückten Saales Herr Stadtrat i. R. W. Wasthe in seiner Eigenschaft als Wunderdoktor von Schnorrstiefensbrechlingsheim. Sein Patient schien durch die Rationalisierung sehr heruntergelassen, doch der Wunderdoktor will auch ihn retten. Mit Hilfe eines Ferngaders sieht er dem Kranken in den Mund Kopf und hercht ab, Diagnose ist festgestellt, die Kur beginnt nun. „Bitte, lüden Sie sich.“ Ein Trichter und Gleichmaß in zur Hand. Der „Kranke“ erhält ein Ristler. Große Spannung, wunderbar, gerade so schnell wie Naze vom Hölleisen rauskururiert er, erging es auch dem Patienten, aus dem Mund sog man einen meterlangen Saabwurm. Man plakte vor Lachen, es gab aber auch andere Besucher, welche beim Besuch einer Parisveranstaltung anderes erwarteten, diese wurden bitter enttäuscht. Es gelangte noch die „Bürgerschaft“ von Schäffer zur Aufführung. — Alles zusammengekommen, muß man gestehen, daß auch die kleinen Führer innerhalb dieser Partei das Theatermachen ebenfalls verstehen, wie die großen. Die große Waite muß eben von ihrem Elend abgelenkt werden. Um Gottes willen, nur keine Politik, die ist nur für die herrschende Klasse da. Als Herr Wasthe nach Gule war und Artikel ziemlich lange schrieb, welche von der P. Volkszeitung gegen auch Zeitungsleiter aufgenommen wurden, was selbiger enttäuscht, daß seine Geistesprodukte von der Arbeiterstimme nicht aufgenommen wurden. Zuvor, mit Recht, für solchen Artikel ist eine wöchentliche Arbeiterzeitung nicht da, sie hat höhere Aufgaben zu erfüllen. Verfaultes oder Zerfallenes gibt es nachzuholen. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterklasse über ihre Elend und deren Ursachen aufzuklären, ihnen den Weg zu ihrer Befreiung aus diesem Hölleleben zu zeigen. Arbeiter und Frauen, gebt euch keinen Illusionen hin auf bessere Zeiten unter diesem furchtbaren System, das von der SPD geführt wird. Schließt euch an einer Kampfsgemeinschaft in den Gewerkschaften und in der SPD zusammen. Werbet Klassenkämpfer und Vektor der Arbeiterstimme. (Ein Arbeiter.)

Protest der Neugersdorfer Arbeitervertreter gegen den weißen Terror

Neugersdorf. Am Sonntag, den 18. Januar, fand hier die 1. Unterabteilung der Arbeitervertreter statt. Anwesend waren Mitglieder aus Großschöna, Warnsdorf, Seiffenensdorf, Reutersdorf, Gibau, Neugersdorf. Als USt-Leiter wurde Genosse Alfred Ulrich, Gibau, gewählt. Eine rege Aussprache rief der 2. Punkt der Tagesordnung, „Vorschläge für die zukünftige Arbeit“, hervor. Propaganda, Unterricht und Protestdienst wurden eingehend beraten. Bezirksleiter Genosse Scherzbaum begründete sämtliche eingegangenen Vorschläge kollektiv durch ein politisches Referat, in dem die Wünsche eines SAJ-Mitgliedes im Kampf gegen das internationale Ausbeutertum gekennzeichnet wurden. Genosse Spitzer verlas eine Protestresolution gegen das Todesurteil der beiden amerikanischen Genossen Sacco und Vancetti. Einstimmig wurde die Ablehnung desselben beschlossen. Zugelassen wurde dem Antrag, den Genossen Guhr, Seiffenensdorf, zum 7. SAJ-Kongress in Lyon zu delegieren. Eine Sammlung soll die Kosten decken. Sämtliche Mitglieder wurden aufgefordert, dem Aufruf Warnsdorf zu folgen und durch Geldspenden sich an der SAJ-Zukunftsmesse zu beteiligen. Die Arbeiter-Operantengruppe Dresden-Vietchen sowie die Operantengruppe der Spinnerei Haldar in Veningrad sollen aufzuführen werden, das gleiche zu tun. Mit dem Beginn der internationalen Sitzung die Konferenz, der die nächste am 3. April in Warnsdorf folgen soll. Die Teilnehmer bleiben noch einige Stunden beisammen, um die Bande der Zusammengehörigkeit fester zu knüpfen.

Seiffenensdorf. (Sitzung des Ortsauslasses vom 19. Januar.) Der Vorsitzende verlas einige Rundschreiben, darunter eines über die Verwendung der Bezirksgeelder. Desgleichen wurde das Schreiben der Theatergesellschaft Bortrupp in Leipzig verlesen betr. einer Aufführung. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, am 20. Februar, abends 8 Uhr im Hotel Kretschmar das Theaterstück „Das Grab des unbekannten Soldaten“ aufzuführen. Eintrittspreise sind: nummerierter Saalplatz 75 Pf., Seitenplatz und Gallerie 50 Pf., Erkerplätze auf allen Bühnen die Hälfte. Danach entspann sich eine lebhaft Debats über die Hochschulfrage. An der Debatte beteiligten sich der Genosse Simm und die Kollegen Haldar, Jäschel und Reimer. Dann wurde noch ein Wahlbroschüre des Bundes der Arbeiter über „Sozialismus und Wohnungsbau“ oder „Wie man wohnen soll“ besprochen. Des weiteren wurde verlangt, daß die Gemeindeführer die Wahlbroschüre abgeben sollen und beschlossen, in Zukunft 2 Gemeindeführer, einen von der SPD und einen von der SAJ, Sitz und Stimme im Ortsauslass zu gewahren. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Aus der Freiberger Bewegung in Tanzenheim

Tanzenheim a. Spree. Am Donnerstag, 13. Jan., hielt die Ortsgruppe der proletarischen Freiberger ihre Hauptversammlung in der Geige ab, welche sehr stark besucht war. Der Vorsitzende, Genosse Walter, hielt hier sämtliche Mitglieder auf der herzlich willkommen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Paul Walter, zum 2. Vorsitzenden Genosse Bernhard Wier, zum 1. Schriftführer Genosse Paul Klein, zum 2. Schriftführer Genosse Max Düring und zum Kassierer Genosse Heberich Kern gewählt. Als Delegierte ins Sport-District wurden die Genossen Paul Walter und Berger gewählt. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Volksversammlung zu veranstalten, um wieder an die Öffentlichkeit zu treten, und um zu zeigen, was für Ziele die Freibergerbewegung hat. Ferner soll auch dieses Jahr bei uns eine Tagung abgehalten werden, welche voraussichtlich am 3. April dieses Jahres in Pipperts Kretschmar stattfinden soll. So wurden noch verschiedene Angelegenheiten erledigt, und mit einem Appell an die Mitglieder, mit allen Kräften zu arbeiten für die Freibergerbewegung unseres Ortes, wurde die Sitzung geschlossen.

Großschöna. (Interessantes aus dem Tätigkeitsbericht der Arbeiter-Samaritaner.) Die Arbeiter-Samaritanerkolonie Großschöna wurde im Jahre 1920 in 283 Fällen zur ersten Hilfeleistung herangezogen, davon entfielen 185 auf den öffentlichen Verkehr und 98 auf die Betriebe. Auf dem Sportplatz wurde in 65 Fällen Dienst gestellt. An Transporten wurden ausgeführt: In die Wohnung 10, zum Art 10, ins Krankenhaus 3, Unfallmeldestellen befinden sich bei Erhard Kretsch, Radeberger Str. 354; Tel.: 312; Otto Oswald, Radeberger Str. 343; Walter Schäfer, Südstr. 338; Paul Schöne, Südstr. 326; Fritz Albrecht, Radeberger Str. 315; Erwin Grohmann, Wehrstr. 52; Paul Senf, Sieblung; Johanna Schöne, Wehrstr. 171 und Erwin Voemann, Wehrstr. 183. Durch Anschaffung einer modernen fahrbaren Krankenfrage ist die Kolonie in der Lage, jederzeit schnelle Hilfe leisten zu können.

Wie Pirnaer Volkshilfen Propaganda für die Kommunisten machen...

Pirna. „Vor einem grauen Haupt sollst du aufstehen und die Alten ehren.“ Ein Gebot der bürgerlichen Moral, aber nur für die Untertanen der Obrigkeit. Wie Vertreter der Obrigkeit dieses Gebot beachten, davon ein kleines Beispiel.

Ein 68-jähriger Invalide hat sich sein Leben lang recht und schick durchgeschlagen. Noch niemanden hat er belästigt, ihm zu helfen und seinem Menschen hat er zu Vergnügen Veranlassung gegeben. Seinen Lebensunterhalt bestreitet er neben der fälligen Rente mit Halbpantoffelmachen. Er hat nicht viel Arbeit, aber „es flappert“. Früher, als er noch etwas besser auf den Beinen fort konnte, fuhr er mit seinem Handwagen oft stundenweit und holte sich Holz heron, mit Genehmigung der Forstbeamten. Hatte er viel Holz, verkaufte er auch einmal etwas, für den Erlös kaufte er Material zum Pantoffelmachen. Niemand hat bisher den Alten als einen „Verbrecher“ oder gar als — einen Kommunisten (die ja bekanntlich schlimmer als Verbrecher sind) angesehen.

Vor einiger Zeit will der Mann wieder von seinen Vorräten ein Fuchsen wuschaffen zum Tausch. Da nennt ein Jüngling ihn des getreuen Nachbarischaft zur Kriminalabteilung und klagt ihn des Diebstahls an, wiewohl die Leute wußten, woher das Holz, und oft schon von diesen Vorräten gekauert hatten. Die Kriminalabteilung, natürlich auf dem Posten kommt gleich zwei Mann stark, macht Hausdurchsuchung und — beschlagnahmt das Holz. Der Alte muß sofort aufs Kriminalamt kommen zum Verhör und was dazu gehört.

In den Auseinandersetzungen mit dem Beamten, einem maßgeblichen Herrn, erklärt unser Alter, er begreife nicht, was man von ihm wolle, wo sogar die Förster ihm die Erlaubnis gegeben haben. Daraufhin stellt ein dieser Herr, mit dem Großschöna „Gesicht der herrschenden Klasse“, fest: „Ganz wie die Kommunisten, es wird eben genommen, wo es liegt.“

Uns kann leicht Eades gleich sein, wie sich im subalternen Gehirn eines solchen Beamten der Kommunismus widerspiegelt, aber wir betonen, daß der Herr wahrscheinlich eher nach Erfahrungen aus dem „Weltkrieg“ in seiner Gehirnmasse ausgesperrt hat und sie, soweit es sich um Nehmen handelt, mit dem Kommunismus vergleicht. Das Recht gibt ihm dazu nur eine wahrscheinlich mangelhafte Schulung.

Aus einer Anklage im Falle des Invaliden wurde jedoch nichts, das Verfahren wurde eingestellt. Der Bedrängte kümmerte sich bisher nicht um die Kommunisten weil er aber nun dem Herrn etwas gehört hatte, setzte er sich mit uns in Verbindung und so erfahren wir den drastischen Vorfall.

Wir erlauben somit oft solche Kleinigkeiten, die natürlich alle im Aktum der „Cicero“ mit registriert werden. Denn wer viel weiß, ist selbstverständlich klüger als diejenigen, die viel wissen wollen. Wer aber kann erlauben, wiewohl qualvolle Stunden das Gebären der Beamten dem Alten bereitet hat? „Vor einem grauen Haupt sollst du aufstehen und die Alten ehren...“

Die Arbeiterkraft gedient ihrer Zoten!

Witzig. Die erste Lenin-Liebknecht-Luzemburg-Feyer wurde in einfacher aber um so wirkungsvollerer Weise unter Mitwirkung des hiesigen Gelangvereins am Sonntag abgehalten. Der Gelangverein bot musterhaft zur Einleitung die „Hymne der Freiheit“ und „Empor zum Licht“. Genosse Winkler, Pirna, legte den Zerkulierten den Sinn der Feyer dar. Besonders hob er hervor, daß es sehr erfreulich ist, feststellen zu können, daß die hiesigen Arbeiter einmütig an dieser Kundgebung teilnehmen. Das sei der beste Beweis, daß das Werk der drei großen Zoten bald verwirklicht werden wird. Den Schluß bildete der Gelang von „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ und die „Internationale“. Zu den Leistungen des hiesigen Gelangvereins muß festgestellt werden, daß sich diese andere Arbeitergelangvereine ein Beispiel an ihm nehmen könnten.

Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst...

Struppen. Religion ist Privatangelegenheit — das zeigte in seinem Sinne der fromme Inspektor B. auf dem Rittergut Klein-Struppen, als er einen politischen Arbeiter, der erkrankt war, einfach auf die Straße warf. Als der heit. Arbeiter das Krankenhaus verließ, sprach er erneut bei Herrn B. vor und daß ihn um Arbeit. B. erklärte, er könne ihn nur noch bis 15. Dezember 1920 beschäftigen, da er nicht mit seiner Arbeit

Die Königsfeiner Sozialdemokraten treiben offen UGRS-Politik

Königsfein. Am Freitag, den 14. Januar, fand die zweite Sitzung der Stadtverordneten statt. Es erfolgte zunächst die Richtsprache der Stadtverordnetenwahlen. Bei Punkt 2: Wahl der Ausschüsse, erklärte der sozialdemokratische Vorkämpfer Lindemann, es seien drei Wahlvorschläge eingegangen, wovon der erste und zweite einwandfrei seien, der dritte (kommunistische) dagegen sei „nicht einwandfrei“ und er beantrage Ablehnung. Herr Erich Biener von der Rechte sprach für die Annahme, war aber bei der Abstimmung auch schon wieder umgewandelt und stimmte mit dagegen. Somit wurde unser Wahlvorschlag mit 14 gegen die Stimme des Gen. Hartlich abgelehnt. Somit war das Ziel der SPD, nur aus sämtlichen Ausschüssen zu verdrängen, endlich erreicht! Die Begründung bringt die Pirna. Volkszeitung vom 10. Januar: „Infolge der fehlenden gesetzlichen Voraussetzung zur Zulassung (Unterschrift von drei Stadtverordneten) wurde seine Zulassung abgelehnt, da er auch praktisch ohne Bedeutung war, denn auf eine Stimme entfällt kein Ausschuß.“

Die wirklichen Gründe sind jedoch anderer Art womit wir uns später beschäftigen. Bei der Abstimmung der Ausschußwahlvorschläge wurde der bürgerliche, sowie der der SPD mit 8 bzw. 6 Stimmen angenommen. Gen. Hartlich beteiligte sich von da ab nicht mehr an dieser Komödie. Die Wahl der Stadträte ergab für die sozialdemokratische Rechte 4 Sitze, für die SAJ 3 Sitze. Letztere brachte ausgerechnet Herrn Schulte als Spitzenkandidat. Somit werden wir uns mit dieser Sitze der SPD ganz besonders auf politischem Gebiet befassen. Hat er es doch wiederum verstanden, sich unentbehrlich zu machen, und brachte es damit bis zum zweiten besterstellenden Bürgermeister. Vielleicht hofft er, daß sein schändlicher Wunsch, als Bürgermeister aus dieser Welt zu scheiden, doch noch in Erfüllung geht. Wir aber wissen, daß bis dahin die Arbeiterklasse zu der Erkenntnis kommt, daß die Schultze-Politik der Arbeiterklasse nur zum Schaden gereicht, was er ja faktisch bewiesen hat, äußerte er doch kürzlich: „Was gehen mich die Arbeiter an?“ Allgemeines Erstaunen erregte es, daß sich in dieser Sitzung die Beamtenfraktion mit der Fraktion Biener verbunden und gemeinsame Wahlvorschläge eingereicht hatte. Auch der „Königsfeiner“ stellt dies mit Genugtuung fest und schreibt, die Entlassung aus der 1. Sitzung sei wieder gutgemacht. Man hat also die zwei Beamtenvertreter „fetteln“ gemacht nach schwerem Kampfe; wir raten trotzdem der Fraktion Biener, einige „Schulklassen“ für alle Fälle bereitzubehalten, damit diese zwei Herren keine Ausbruchsoberfläche unternehmen können. Befinden sie sich doch in einer üblen Lage, da Kräfte am Werke sind, die einestells zur SPD, andererseits nach rechts ziehen, und so wird nie etwas Ganzes werden können, als eine — „Vendelfraktion“. Die Beamten aber sind die Betroffenen. Die Pirna. Volkszeitung bestätigt uns endlich auch das, was wir längst wußten und auch am 27. November 1920 geschrieben, nämlich die Umwandlung der SPD mit den Beamten, indem sie schreibt: „Wo sind bei diesen zwei Beamten die bei der Wahl versorgten Grundbesitzer geblieben, keine Listenverbindung mit den bürgerlichen Stadtverordneten eingegangen?“ Nun hat schon die SPD den von uns erwarteten Schritt erhalten und steht ohne die erdachte Mehrheit da. Wir aber werden der SPD zeigen, was diese „einzelne“ Stimme unserer Genossen bedeutet, und mit den Anträgen der SPD zustimmen, soweit dieselben der Arbeiterklasse von Königsfein zum Nutzen sind. Ob dies jemals der Fall sein wird? Die SPD wird, vereint mit den bürgerlichen, auch weiterhin die Politik treiben, die die Arbeiterklasse noch mehr belastet; erklärte doch der Sozialdemokrat Lindemann am 7. Januar, daß in dem kommenden Jahre die Zuschläge zu den Steuern in noch viel krasserer Form erhoben werden müssen, wobei er nur vergaß, zu sagen: und dies auf Kosten der werftätigen Klasse! Ja, die Stadt Königsfein braucht so dringend Geld für wozelose Bauten (Stadtpark), aber niemals für Arbeiterwohnungen! Wir Kommunisten werden für all diese Dinge ganz besonderes Interesse zeigen und hineinsehen, auch wenn wir nicht in den Ausschüssen vertreten sind. Der Arbeiterklasse rufen wir zu: Heraus aus der Passivität und eckelnt in den Stadtverordnetenwahlen! Unterstützt uns aktiv in unserem Kampfe um eure Interessen! Werbt auch für euer Organ, die Arbeiterstimme!

Eine verpuffte Staatsaktion

Cohmannsdorf. Gegen die Genossen Albert Schneider, Erhard Schuster und Alfred Hiemann wurde eine Aktion eingeleitet wegen Vergehens nach §§ 223, 224 des StGB. Sie sollten am 20. Juni 1926, am Tage des Volksfestes, den Telefonarbeiter Erich Kothe aus Somsdorf einschleichen, den Kriminalkommissar Gerhard aus Esch durch den Kriminalkommissar Gerhard aus Freyberg eine wochenlange hochnotpeinliche Voruntersuchung fassen, bei der sich genannter Herr die erdenklichste Mühe gab, nicht alle möglichen Maßnahmen Belastungsmaterial gegen die Angeklagten herbeizuschaffen. Dennoch mihlang dies gründlich. Tagelang verweilte er am Wohnort der Genossen. Herr Gerhard jagte so weit, daß er bei Gen. Schneider frühmorgens um 11 Uhr in die Wohnung eindrang, um den selben zu vernehmen. Bei ihm aber dabei eine verdiente Abfuhr. Bei seinen Vernehmungen schien er es mit der Wahrheit nicht so genau nehmen zu wollen; er erklärte dem Gen. Schneider, er habe die ganze Nacht in Kobenau auf der Lauer gelegen, tatsächlich hat er aber in dieser Nacht bei dem Hauptbelastungszeugen Bothe in Jüterbog schlafen. Von Gen. Schneider in einem Privatgespräch herausgelockt, gab er unerbittlich zu erkennen, daß er gegen diese Kommunisten einen tüchtigen Haß hat. Danach sah auch die ganze Vernehmung aus.

Am 12. Januar fand vor dem Schöffengericht in Tharandt die Hauptverhandlung statt. Der Anklageprokurator hatte es nicht notwendig, der Verhandlung mit großem Interesse zu folgen, denn er wurde von dem Kriminalkommissar Gerhard vor dem Termin im Wartezimmer eingehend unterrichtet. Dies unterließ er erst, als Gen. Schneider energisch dagegen protestierte. In der Beweisaufnahme schwammen ihm die Helle fort, denn die Hauptbelastungszeugen, Telegraphenarbeiter Erich Bothe und Zimmermann Alfred Pfeiffer, beide aus Somsdorf, widersprachen sich, als sie durch Fragen der Gen. Schneider und Schuster in die Enge getrieben wurden, damit, daß jeder einen anderen als Täter angab. Als Gen. Schneider an den Kriminalkommissar die Frage richtete, warum er bei seiner Vernehmung mit der Unwahrheit umgegangen sei, indem er sagte, daß er die ganze Nacht in Kobenau auf der Lauer gelegen habe, tatsächlich aber bei dem Hauptbelastungszeugen Bothe in Somsdorf übernachtet habe, verweigerte dieser Herr die Antwort mit dem Bemerkens, daß bedarf er der Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde. Gen. Schneider erklärte, daß ihm dies vollständig genüge und er für festgesetzt sei, daß Herr Gerhard die Unwahrheit gesagt habe und bei Bothe übernachtet habe. Gen. Schneider bezweifelte, daß dies wahrhaftig sei, und sah als erwiesen an, daß die Protokolle des Kriminalkommissars nicht der Wahrheit entsprechen.

Nun hatte der Anklageprokurator das Wort. Trotzdem die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten nicht als Täter in Frage kommen konnten und sich die beiden Belastungszeugen widersprachen, verlangte er eine harte Verurteilung, auf jeden Fall eine Freiheitsstrafe, denn in solchen bewegten Zeiten müssen Andersdenkende vor dem Terror der Radikalen geschützt werden. Er beantragte gegen Schneider und Schuster je 14 Tage Gefängnis, gegen Hiemann lasse er die Anklage fallen.

Nach kurzer Beratung verurteilte das Gericht folgendes Urteil:
Der Angeklagte Hiemann wird freigesprochen, die Angeklagten Schneider und Schuster erhalten je 14 Tage Gefängnis oder 6 Tage Gefängnis.
Wieder einmal war die in Gefahr schwebende Republik gerettet, aber — — mit welchem Erfolg!

Frei'aler Polizeineidichten

Die Beschwerden über das Ausreten bestimmter Frei'aler Polizeibeamten nehmen kein Ende. Am 19. Januar besuchte sich das Pöhlener Amtsgericht wieder mit zwei Fällen. Im ersten Fall war der hier in Freital wohnhafte A. in eingetraumtem Zustande in die Stiebbierhalle „Goldener Löwe“ im Stadtteil Vorhappel eingetreten. Dort verweigerte man ihm den Ausschank von Alkohol. Bei der sich nun entspannenden Auseinandersetzung wurde dem A. das Lokal verboten, und die Polizei brachte ihn zur Wache, wo er in die Ortszelle eingeliefert wurde. Der Angeklagte gab nun an, in der Zelle geohrfeigt worden zu sein. A. wurde zu 14 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt. — Den zweiten Fall bildete eine Klage wegen Beleidigung gegen einen gewissen Schönberger. Sch. gab an, am 8. Oktober, abends 10 Uhr einen Kerpentanz auf seinem Hof zu haben. Sch. der im Bett lag, rief dabei ein lautes Schreien aus. Die Bewohner setzten sich darauf mit dem im Hofe wohnenden Polizeikommissar Franz in Verbindung. Man zog Sch. aus dem Bett, und da dieser um sich schlug, packte man ihn im Händ in eine Decke und brachte ihn mit zwei Beamten und drei von der Straße geholten Passanten in diesem Zustand in die Ortszelle, wo man ihn bis zum nächsten Morgen liegen ließ. Der Staatsanwalt verlangte auf Grund dieser Angaben gerichtsarztliches Gutachten, deshalb wurde Beratung beschlossen.

Freital. Vom Weltgerichtlichen zum Freidenker" lautet das Thema der öffentlichen Volksversammlung des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V. Berlin, Drögr.

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(1. Fortsetzung)

Als er aufsprang, sah er, wie ein riesiger Bauer mit den Händen lachtend auf ihn zutram; an Stelle des Gesichtes aber war nichts zu sehen, als ein rotes, ätternendes Fleck. Der Anblick war so entsetzlich, daß Jewsej sich aufschrie und das Gesicht haite, als sei er in eine dunkle Grube gestürzt. Man mußte ihn mit Wasser bespritzen, um ihn wieder zur Besinnung zu bringen.

Auch Betrunkene fürchtete er — die Ritter hatte ihm gesagt, daß der Teufel gern in betrunkenen Menschen fahre. „Alterschen“ dachte sich Jewsej, daß dieser Teufel sah wie einen Igel und feucht wie einen Frosch, juchrot, mit grünen Augen. Er froh dem Menschen in den Leib, trieb dort sein Unwesen und machte den Menschen toll.

In der Kirche gab es auch sonst noch viel Schönes. Außer dem Frieden, der Ruhe und dem laulichen Dämmerlicht fand manentlich der Gesang Jewsejs Beifall. Wenn er ohne Noten sang, schloß er die Augen ganz fest, und während seine klare, schwermütig klingende Stimme mit dem Strom der übrigen Stimmen zusammenfloß, daß man sie nicht mehr heraus hören konnte, fühlte er sein Selbst irgendwohin entschwinden, als verläufe er in einen süßen Schummer. Und in diesem halbawachen Zustande sah es ihm, als schwebte er aus dem Leben fort und näherte sich einem friedlicheren, freundlicheren Leben.

Traumhafte Vorstellungen erwachten in seiner Seele, die er einmal dem Onkel gegenüber mit diesen Worten ausdrückte: „Kann man wohl so leben, daß man überall hingehen und alles sehen kann, ohne doch selbst von jemand gesehen zu werden?“

„Als Unschickbarer?“ fragte der Schmied und antwortete, nachdem er ein Weilschen nachgedacht hatte: „Ich glaube, daß das nicht möglich ist.“

Dann wandte er dem Neffen sein geschwärtzes Gesicht zu und fügte ernsthaft hinzu:

„Das wäre nicht übel — was, meine Waise?“

Seit das ganze übrige Dorf Jewsej nur „Alterschen“ zu rufen pflegte, nannte Onkel Peter ihn „Waise“. Der Schmied war in allem ein eigenartiger Mensch; auch in trunkenem Zustande

Freital u. Umg., am Mittwoch, den 2. Februar im Pöhlener Hof (Kote Schöne) in Freital. Als Redner ertrahen bestimmt der ehemalige Partier und Theologe Papari, Lehner, der nicht nur Rom, sondern verschiedene Städte als Geistesherd kennengelernt hat, sollte ein jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte mit seiner Ehefrau hören. Darum, auch ihr Arbeiter und Sportgenossen, macht euch diesen Tag frei! — Saal wird abgeheilt! — Donnerstag, 27. Jan., 7.30 Uhr im Gasthaus Stadt Dresden Deuben, erste erweiterte Vorstand- und Funktionärstagung — Keiner fehle!

Eine Rußlandversammlung in Dorfshain

Am Sonntag den 16. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung, einberufen durch die Rote Hilfe, statt, in der Auslandsdelegierter Adolf Bielig (SPD) über seine Reise durch Rußland, hauptsächlich durch das Uralsgebiet und Sibirien, und Dr. Schmiede (KPD) zur Ehre des verstorbenen Schöpfers des neuen Rußlands, Lenin, und der merkwürdigen Gemerbeten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sprachen. Kollege Bielig verstand es, den Anwesenden in verständlicher Weise seine Eindrücke wiederzugeben und gab anzuwenden zu, daß Rußland wirtschaftlich sowie technisch emporkommt und wie der russische Arbeiter und Bauer ein besseres Leben als bei uns in Deutschland führt. Es mag geradezu mancher Jüdder, der hier all dies entbehren muß, gern mit einem russischen Arbeiter getauscht haben. Gemäß bestanden auch dort noch Mängel, welche zum größten Teil der Krieg und der Bürgerkrieg verschuldet haben, doch in der kurzen Zeit von 4 Jahren Sowjetdiktatur mußte er auch anerkennen, daß es ausgemittelt sei, überall zugleich die Folgen der schrecklichen Verwüstungen zu beseitigen. Die besten Kräfte dieses Landes wären aber dabei, diese Mängel zu beseitigen. Besonders lobte er die erzieherischen Maßnahmen und die Hilfsorgane, mit welcher man Mutter und Kind betreut. Das gleiche habe eine bürgerliche Delegationsgenossin von Chemnitz, welche hier in einer Fürsorgeanstalt anwesend ist, beteuert. Kein kapitalistischer Staat der Welt weile eine derartige musterghltige Einrichtung auf, und alles ist erst in der kurzen Zeit der Herrschaft der Arbeiter und Bauern geschaffen. In der Jorenzeit hat man daran gar nicht gedacht. Natürlich bedinge ein geordnetes Fortkommen diktatorische Maßnahmen der Regierung. Doch die Volksmasse stehe fest dahinter und habe vollständiges Vertrauen zu ihren Führern, und Kollege Bielig erklärte dazu, daß es auch seine Überzeugung sei, daß nach einer Staatsumwälzung bei der Herrschaft des Proletariats nur eine Diktatur in Frage kommen könne, und diese müßte sich über mehrere Generationen erstrecken. Diesen Auspruch mögen seine Fraktionsgenossen beherzigen.

Genosse Dr. Schmiede ging in seinem Referat auf die verübten Gräuelt und Verwüstungen in Rußland ein, woran sich auch die deutsche Sozialisten hervorragend beteiligt hat. Doch dieses Land lege das Werk großen den Lehren seines größten Führers Lenin fort bis zur völligen Genesung. Der Geist des großen Führers stehe weiter fort, und nicht nur dort, sondern auch überall, wo es Anreuerkräfte gibt. Ebenso unvergänglich sind den deutschen Arbeitern die Namen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, welche Lenins Werk in Deutschland vorbereiteten, jedoch der gemeinsamen Sache sozialdemokratischer Volksbeauftragter zum Opfer fielen. Doch der Geist dieser großen Führer wird für alle Zeiten fortleben, und wir wollen darum kämpfen, was jene erreicht haben, in die Tat umzusetzen.

Nach Schluß des Referats des Genossen Schmiede appellierte Genosse Schulte an die Anwesenden, die gleichen Sinnes mit uns waren, sich zu Ehren der großen Toten von ihren Plätzen zu erheben. Spontan erklang aus der Mitte der Versammlung: „Grüßet, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder, zum Licht empor!“ Durch diese Versammlung sind einem großen Teil der Einwohner die Augen geöffnet worden, wie wir weiter vorwärtsdringen müssen, um uns dem Tag zu nähern, wo wir unter Tag abschütteln und als wirklich freie und gleichberechtigte Menschen dastehen. Trotz der regen Gegenpropaganda, die seitens der sozialdemokratischen Führer von Dorfshain, Höfendorf und Ruppendorf eingeleitet hatte, können wir auf eine gutbesuchte Versammlung zurückblicken. Die Arbeiterschaft verweigert wir aber auf die von R. Horn, Dorfshain, und Gödel, Höfendorf, gemachten Behauptungen, die uns offensichtlich als Schwindler hinstellten und behaupteten, es spräche kein Kollege A. Bielig von der SPD. Es mag diesen satanischen lutzigen Geistesherden nicht in den Kopf, daß es in ihren Reihen auch noch Leute gibt, die als ehrliche Proletarier die schmutzigen Fehlsagen ablehnen. Wir wollen derartige Leute ihr gegebenes Versprechen entschuldigen und trotzdem der Versammlung fernbleiben? Haben wir nicht recht behalten, als wir sagten, eine derartige Sorte von Menschen kann die Arbeiterschaft nicht vertreten? Zeigt diesen, daß ihr nichts mit ihnen gemein habt! Werdet Kämpfer für ein neues Arbeiter-Deutschland, für eine neue rote Welt!

Im Geiste Karls, Kosas und Lenins!

Schönbach. Die erste Sitzung des neugewählten Gemeindeverordnetenkollegiums zeigte den erdichten Jubelern recht deutlich den Charakter der bürgerlichen Mehrheit. Nachdem der Bürgermeister seinen Geschäfts- und Kassenbericht gegeben hatte und zum ersten Punkt der Tagesordnung übergehen wollte, verlangte Genosse Hartmann die Befreiung der Fraktionsgenossenschaft. Dabei stellte sich heraus, daß sich die Herren Bauernbesitzer (Mittelstandspartei) mit den deutschnationalen Bauern in einer Fraktion zusammengeschlossen hatten, um zu verhindern, daß die Kommunisten als stärkste Fraktion den Posten des stellvertretenden Bürgermeisters und des Vorstehers erzielten. Genosse Hartmann gab darauf den Fraktionsgenossen die richtige Antwort. Zum Vorsteher wurde Bürgermeister Schöne, zum ersten Stellvertreter wurde Genosse Bradel. In den Ausschüssen ist die Kommunistische Partei stets durch einen Genossen vertreten. Jetzt ist den bürgerlichen Gelegenheiten gegeben, ihr Wahlversteher „die Lantrotte Gemeindef“ zu sanktionieren, wagt zu machen. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung des Ausbaues der Straße Hohneim—Sebnitz. Diese soll durch Arbeit auszuführen werden. Ob der Weg über Ehrenberg, Pöhl, Ubersdorf, Amshainersdorf, Sebnitz geht, ist noch nicht festgelegt. Jede Gemeinde soll durch Umlage die Kosten zu den Arbeiten der 6000 bis 8000 Mark betragen, aufbringen. Von bürgerlicher Seite wurde erklärt, man hätte kein Interesse, die Straße für den Autonehr zu bauen, wenn der Staat diese nicht übernehmen wolle. Genosse Kay betonte, daß wir nicht, wie in der Vorbesprechung vom Bürgermeister Steudtner, Sebnitz, ausgeführt worden war, zur Erhaltung des Deutschtums im Grenzgebiet dem Projekt zustimmen, sondern um den Erwerblosen Arbeitendlichkeit zu schaffen. Nachdem er außerdem noch Zustimmung die Frage der Möglichkeit des Projektes erörtert hatte, wurde unter Antrag auf Bewilligung der Mittel zu den Arbeiten angenommen. Ein Gehalt des Tischlermeisters Hellert um Jumeilung von 1000 Quadratmeter Bauland wurde dem Wirtschaftsausschuß überwiesen.

Burgwisch. Die erste Sitzung des neugewählten Gemeindeverordnetenkollegiums begann mit der üblichen Begrüßung durch den Bürgermeister. Sie war hauptsächlich an die beiden neu eingetretene Gemeindevorstände der Kommunistischen Partei, die Genossen Preßler und Hallas gerichtet. Nach der Bekanntgabe des Jahresberichts von 1926 entspann sich eine heftige Debatte über das Flugblatt der Bürgerlichen vom 13. November 1926, das sich gegen die „Bleiwirtschaft der hiesigen Gemeinde“ wendete. Zum Vorsteher wurde Bürgermeister Zwingerberger und als Stellvertreter Fischer (SPD) gewählt. Ein bürgerlicher Vorschlag fiel durch die Abstimmung von 8 gegen 5 unter den Tisch. Zum Bürgermeisterstellvertreter wurde mit demselben Stimmverhältnis wiederum Fischer (SPD) gewählt. Der Finanzausschuß leitete sich aus dem Genossen Preßler, Kiehl und Böhm, sowie 2 Bürgerlichen zusammen. Der Bauauschuß besteht aus dem Genossen Hallas, den Sozialdemokraten Kiehl und Fischer und 2 Bürgerlichen. Im Wohlfahrtsauschuß sind Genosse Hallas, die Sozialdemokraten Kiehl und Schenig, in den Sparfachausschuß wurde Kiehl (SPD) gewählt. Am Schluß der Sitzung erhob Genosse Hallas Protest gegen die anseherndlich schlechte Lichtverorgung in unserer Gemeinde.

Gewerkschaftliches

Erwerbslose Parteigenossen — Erwerbslose KZS-Kameraden!

Wöchentlich einmal finden in allen Stadtteilen Fraktionskassen statt. Teilnahme eines jeden Genossen ist erforderlich. Jeden Mittwoch: Striepen; DS-Platz nachm. 3 Uhr, Pöhltau; Bürgergarten nachm. 2 Uhr, Johannisbad; Rest. Froschold, Geroltsstraße, 2 Uhr; Donnerstag: Neukstadt; Rest. Fritschhof 2 Uhr; Sonnabend: Deuben und Umg.; Rest. Meißner 2 Uhr.

Achtung! Solarbeiter!

Bezirk Köhlchenbroda: Dienstag, den 26. Januar, Versammlung nachm. 5 Uhr im Bürgergarten Köhlchenbroda (Auszahlung der Unterstützung 4.30 bis 5 Uhr);

Bau- und Möbelhändler. Mittwoch, 26. Jan., abends 5 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus.

Achtung, Zimmerer!

Die über das Geschäft von Paul Kake, Dresden-Deuben, verhängte Sperre ist ab Montag, den 24. Januar aufgehoben. Die Firma hat sich verpflichtet, keine Akkordarbeit im Zimmergewerbe auszuführen zu lassen.

ASD-Bauarbeiter

Sitzung findet nicht Dienstag, den 25. Januar, sondern am 1. Februar statt.

Selbmann's Haferkakao Plund Grenadierstraße 60 Pf. und Filialen

vom Kopfe und sang mit seiner hohen, schwermütigen Stimme Pieder; er lächelte dabei und wiegte den Kopf hin und her, wobei die Tränen noch reichlicher als im nächstern Zustande aus seinen Augen stießen. Jewsej war davon überzeugt, daß sein Onkel der klügste und beste Bauer im ganzen Dorfe sei, und daß man mit ihm über alles sprechen könne. Er lächelte häufig, lachte jedoch fast nie und sprach stets ohne Hast, still und ernsthaft. Manchmal sprach er in der Schmiede vor sich hin, als bemerke er den Neffen gar nicht, oder als hätte er seine Anwesenheit vergessen — und das gefiel Jewsej ganz besonders. In seinen Reden jankte der Schmied sich stets mit irgend jemand herum, redete immer auf irgend jemand ein:

„Verdammtes Jauch“, brummte er halb laut, ohne sich im übrigen zu ärgern. „Du unerzittlicher Wollschaf!... Arbeit ich denn nicht?... Da... die Augen sind mir schon ausgetrocknet, bald werde ich erblinden... was soll ich noch mehr tun? Ein gottverdammtes, schweres Los, das man tragen muß... nicht Schöndheit noch Freude sieht man...“

Es klang, als wenn der Onkel laut vor sich hin etwas dachtete, und es schien Jewsej, als sehe der Schmied den Unschickbaren, mit dem er sprach. Einmal fragte er:

„Mit wem sprichst du, Onkel?“

„Mit wem ich spreche?“ verlegte der Schmied, ohne nach ihm hinzusehen, brach dann in ein hülles Lachen aus und meinte:

„Mit meiner eigenen Dummheit spreche ich.“

Es gelang Jewsej nur selten, so mit dem Onkel ins Gespräch zu kommen. In der Schmiede war immer irgendein Fremder anwesend, und öfters tummelte sich auch der kugelrunde Joschka darin, der mit seinem hellen Gesicht die Hammerklänge und das Knistern der Kohlen in der Esse überdünnte. War er in der Schmiede, dann wagte Jewsej es nicht, den Onkel aufzusuchen.

Die Schmiede stand am Rande einer nicht sehr tiefen Schlucht, auf deren Grunde Jewsej im Frühling, Sommer und Herbst, tief im Weidengebüsch verstaft, seine freie Zeit verbrachte. Auch hier in der Schlucht war es still und friedlich, wie in der Kirche. Die Vögel zwitscherten, die Bienen und Hummeln summrten, in der Luft zitterte ein schünes, leiches Licht. Der Onkel sah da, schaukelte sich leicht hin und her und sann über irgend etwas nach, wobei er die Augen fest geschlossen hielt; oder er blickte in den Hülsten herum, suchte nach dem Rimm in der

Schmiede und lächelte sich, sobald er merkte, daß der Onkel allein war, zu ihm hinauf.

„Run, Waise?“ empfing ihn der Schmied und kniff dabei seine kleinen, tränenfeuchten Augen zusammen.

Einmal fragte Jewsej den Schmied:

„Kann der böse Geist wohl des Nachts in die Kirche hineinkommen?“

Der Schmied jann ein Weilschen nach und jagte dann:

„Warum soll er nicht hineinkommen? Er kriecht überall hinein, das macht ihm gar keine Schwierigkeiten.“

Der Knabe hob die Schultern empor und tastete gleichsam mit den forschenden runden Augen die dunklen Ecken der Schmiede ab.

„Hab' nur keine Angst vor ihnen, vor den Teufeln, mein' ich!“ sprach der Onkel ermutigend zu ihm.

„Jewsej seufzte und sagte dann leise:

„Ich hab' auch keine Angst.“

„Sie können dir nichts anhaben“, erklärte der Schmied in überzeugungsvollem Tone und rieb sich dabei mit den schwarzen Fingern die Augen. Dann fragte Jewsej:

„Und Gott?“

„Was — Gott?“

„Warum läßt Gott die Teufel in die Kirche hinein?“

„Was kümmert dich das? Er ist doch kein Kirchenwächter!“

„Wohnt er denn nicht dort?“

„Gott? Was braucht er die Kirche? Er hat überall Raum, Waise. Die Kirche ist für die Menschen da.“

„Und die Menschen, wozu sind die da?“

„Die Menschen... die sind wohl so... überhaupt... für alles da... Ohne die Menschen geht es nun einmal nicht... n—ja...“

„Sind sie — für Gott da?“

Der Schmied sah seinen Neffen von der Seite an und antwortete nach einem Weilschen:

„Natürlich...“

Dann wusch er seine Hände an der Schürze ab und fuhr, während er in das Feuer der Esse blickte, also fort:

„Ich kenne diese Dinge nicht, Waise... Du solltest mal den Lehrer danach fragen... aber den Vopen...“

Jewsej läuberte seine Nase mit dem Heimdämel und meinte:

„Ich fürchte mich vor ihnen...“

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterport

Fußballport vom Sonntag

1. Klasse:

Walden-BSB Mita 3:1 (3:1).
Zwei gleichwertige Gegner. B. verdankt seinen Sieg dem erschöpfenden Durchgehen vom Tor, an welchem es bei A. sehr mangelte.

Cotta-Sörenwig 4:1 (1:1); Auscheidungsspiel.
Das Spiel fand unter dem Zeichen der Auscheidung, nervös und aufgesetzt. S. spielt viel hoch, aber auch Cotta bringt kein Nachspiel. Der hartgeforderte Buben ist besonders feinfühlig nicht zu. Die besten Ture waren die beiden Torhüter.

DSB-Deuben 8:0 (3:0).
Mit Erfolg auf beiden Seiten wurde dieses Treffen jederzeit anständig und dem schärfsten Boden entsprechend flott durchgeführt. Wenn die Leistungen der Gäste auch nicht an das Können des DSB heranzukommen, so waren sie doch ein beachtlicher Gegner.

2. Klasse:

01-Adelsberg 4:3.
01 in neuer Aufstellung, welche sich gut bewährte, konnte vorübergehend den Sieg herausholen. Den größten Verdienst am Siege hat der Torhüter.

Ramen-Spieler, 02 10:2 (2:2).

02, die technisch bessere Mannschaft, verlor unerdient hoch.
Wism-Heilos 3:3 (1:2).
B. drückt zeitweise sehr stark, was sich auch im Endverhältnis von 17 zu 4 ausdrückt. Die gute Abwehr von Heilos verhindert eine Niederlage.

Seidenau-Weihen Freie Turner 5:1 (1:1).

Fortschritt 1-Dehna 1 8:3 (2:2).
F. nur mit 10 Mann, kann die Tore durch gutes Zusammenwirken erzielen.

Wetzig 1-DSB 1 (6:7 (2:4)).

Ein torreiches Treffen. DSB im Aufbau und Angriff etwas besser. W. die erste Hälfte sehr gefährlich.

Dippoldiswalde-Kreitzsch 5:3.

Untere Mannschaften:
01 3-DSB 3 2:4; Dippoldiswalde-Kreitzsch 2 0:6; Wetzig 3-Hänschen 1 10:1; 09 2-Cassebaude 2 2:1; 1888 2-Cotta 3 4:2; 02 3-Kloppsch 2 3:3; 02 2-Adelsberg 2 6:1; 02 5-Löbtau 5 0:4; Sörenwig 2-Deuben 2 10:4; Weihen 2-Wisma 2 0:0; Samsdorf 1-Janderode 2 4:3; Wisma 4-Grupa 2 3:2; Sörenwig 1-DSB 2 1:5; Wismewitz 1-Birkigt 2 2:7; Seidenau 2-Ramen 2 5:3; Cotta 2-Cassebaude 1 8:8; DSB 3-Löbtau 3 5:0; DSB 4-Weihdorf 1 8:1; Heilos 3-Süb 2 1:2.

Mittelsmannschaften:

Cotta-01 0:7 (von C. abgedrückt); Eintracht-DSB 3:0; Seidenau-Löbtau 15:1.

Jugend:

1888 1-Fortschritt 1 9:0; 09 1-Vollschuppel 1 1:1; Walden 1-Süb 1 0:1; Eintracht 1-DSB 1 1:1; Seidenau 1-Deuben 1 2:1; Dehna 2-02 2 1:0; Dehna 1-WK 1 0:2; DSB 1-Dehnsch 1 0:4; DSB 2-Kleinnaundorf 4:1; Heilos 2-Coswig 1 0:1.

Schüler:

09 1-Seidenau 1 0:3; Cotta 1-01 4:1; Ramen 1-Gröschtdorf 1 3:0.

Auswärtige Resultate:

Walden-Spieler:
Saundorf-Kasenple 9:1; Eintracht-Viktoria 05 2:7; Arminia-Dehnsch 2:0; Wahren-Krausfleberg 4:2; Kleinnaundorf-Kasenple 2:0; Walden 4:2; Kreitzsch-Wahren-Krausfleberg 01 8:2; Lindenthal-Walden 8:3; Wismewitz-Krausfleberg 4:7; Dresden-Mödel 15:0; Wegau-Sportler 2:0; Weihen 03-Sachsen GutsMuth 5:2; Eitenburg-Lindenu 4:3.

Bezirk Chemnitz:

Wader 11-Spieler, Tausch 2:3; Hainichen-Heilos Lindach 1:4; Heilos-Fortuna 2:4; Ring-Sturm Frankenberg 1:2; Sachsen-Konradia 2:4; Jandorf-Simon 1:5.

Bezirk Zwickau:

Niederhörschlag-AT Wism 5:0; AT Rainsdorf-Oberhörschlag 3:3; Wismewitz-Krausfleberg 5:0; Kirchberg-Eitenhof 7:2; Wism-Kempesgrün 5:4; Schönwitz-Reinsdorf 3:3.

Zur Kreismeisterschaft

Der 30. Januar bringt das Wiederholungsspiel zwischen dem Döbelner Fußballklub und Formwärt Leipzig-Entscheid. Das erste Zusammentreffen am 16. Januar endete mit einem 2:1-Siege des Döbelner Fußballklubs und mußte infolge eines

anerkannter Protestes neu angelegt werden. Das Spiel wird diesmal in Chemnitz ausgetragen und dürfte ein genau so heißer Kampf werden, wie das erstmalig in Leipzig. Die Leipziger werden weniger jugendlich — alles Können aufbieten, um mit in die Endspielrunde zu kommen, in die der Sieger aus diesem Treffen einzurücken hat. Schiedsrichter ist Genosse Lorenz, Wahren.

Die anderen beiden Gegner der Endrunde, Dresdner Sportverein 1910 und Formwärt, haben sich am 30. Januar den ersten Punktspielt. Sie stehen 2:2 in der Dresdner Stadtlichen Kampfbahn gegenüber. Der bisherige Sieger des Blauer Meisters, der den Zwickauer Meister 5:1 und so far den Chemnitzer 4:2 eroberte, ist ein selten interessantes Spiel erwarten. Zugleich stehen die Wahren aber auch vor ihrer schwersten Aufgabe. Es wurde berichtet, daß die Blauer ein aus lauter körperlich kräftigen Spielern besteht. Die Fellen sind Mittläufer, halbwegs und halbwegs, die ein wirklich erstklassiges Spiel ausweisen. Die Mannschaft spielt flink, ohne langes Überlegen und mit einem guten Zug nach vorn. Es ist durchaus nicht gerechtfertigt, den Dresdner Sportverein als sicheren Sieger herauszuheben, da er im Vorjahre schon einmal in Wahren weilt und dort nur mit Ausbeutung aller Kräfte einen ganz knappen Sieg erringen konnte. Der Dresdner Meister ist zwar gegenwärtig in besserer Form, darf aber das Spiel auf keinen Fall auf die leichte Seite nehmen. Schiedsrichter ist Genosse Berger, Leipzig.

Warum Arbeiter-Photographen-Verein

Arbeiterportier! Auch euch dürfte es bekanntgeworden sein, daß in Dresden eine Ortsgruppe unserer Vereinigung gegründet worden ist, deren Zweck und Ziele die Pflege des Arbeiterportiers und seine Ausübung im Interesse des proletarischen Klassenkampfes ist. Aus dem großen Aufgabenkreis wählen wir nur einige Beispiele heraus, nämlich die Bildberichterstattung aus den Betrieben und dem übrigen Wirtschaftlichen des Proletariats. Jeder Prolet hat ein großes Interesse daran, zu erfahren, unter welchen Bedingungen seine Kollegen in anderen Betrieben arbeiten, wieviel sich der Arbeiterportier durchgehends hat, welche Erfolge der kulturelle Kampf gegen die Bourgeoisie zeitigte. Das gesamte Proletariat wünscht und fordert, daß die Wirtschaft des kapitalistischen Systems, die Maßnahmen der Nationalisierung, wie sie jetzt in Deutschland durchgeführt werden, die mangelhaften Schicksalbestimmungen und die sich daraus ergebenden Unfällefälle und das heutige Wohnungsproblem auf der einen Seite, das luxuriöse Leben, die Schloßer und Villen auf der anderen Seite im Bilde festgehalten und scharf kritisiert werden.

Es würde zu weit führen, hier alles das auseinanderzusetzen, welche umfangreichen Aufgaben gerade den Arbeiterphotographen gestellt werden können.

Da wir annehmen, daß auch in euren Kreise sich Freunde des Arbeiterportiers befinden, bitten wir euch, viele Mitarbeiter in euren Betrieben und Abteilungen zu werben und diejenigen Freunde, welche Interesse an unserer Vereinigung haben, aufzufordern, sich an die Adresse unseres Vorsitzenden, Genossen Karl Korbach, Jüdenhof 2, 5, zu wenden. Es wird ihnen von dort alles Material, auch Probennummern unserer Zeitschrift „Der Arbeiterphotograf“, bereitwillig zur Verfügung gestellt. Bemerken möchten wir noch, daß die nächste Sitzung am 8. Februar abends 8 Uhr im Büro der JUB Güterbahnhofstraße 24, stattfindet.

Bereitstellung der Arbeiterphotografen, Ortsgr. Dresden.

Freier Turn- und Sportverein Dresden-Mittstadt, 1. Abt.
Donnerstag, 27. Jan., 8 Uhr Spielerversammlung im Ritzschhof, Güterbahnhofstraße 8. Alle diejenigen Interessenten, welche in der Mittstadt oder Südvorstadt wohnen und sich gern am Turnspiel in Handball, Rastball, Scharball, Kautball, Trommelball beteiligen wollen, sind herzlich willkommen.

ATuSpW 1. Gruppe, Rinderturnweitz, 31. Januar, 7.30 Uhr
im Volkshaus wichtige Sitzung. Jeder Verein muß vertreten sein.

Fußballabteilung 1888, Mittwoch, den 26. Januar, 7.30 Uhr
heim Gen. A. Brauer, Spielhausstraße. Freitag, den 28. Januar, 7.30 Uhr Restaurant Schiffswerk Monatsversammlung. Neue Geschäftsadresse: Martin Liebig, Dresden-N. 20, Oberbischstr. 14, 2. Et. Neues Umkleelokal. Rest. Schiffswerk, Dr. Meibau, Colanderstraße.

Arbeiter-Sportklub, 20. Januar 7.30 Uhr in der Eide, Große Wahrensche Straße, Post. Am 2. April bezieht der Verein sein jährliches Festessen. Der Bundesmeister des Arbeiter-Sportklub hat die Herausforderung der Sandowmannschaft angenommen. Der Kampf wird für Dresden dadurch ein sport-

liches Ereignis werden, da sich in der Sandowmannschaft der erste deutsche Sieger der Arbeiter-Olympiade befindet: Hans Wittmer und der Schwergewichtsringer Hans Kämpfer. Ferner wird der deutsche Sieger der Altersklasse im Schwergewichtszwischen Ludwig Schumder starten. Auch Sportgenosse Dirste mit Partnerin wird vertreten sein.

Berein für Volksgesundheit, Schmitz und Umgernd,
Dienstag, 25. Januar, abends 8-10 Uhr, Bio-Grunden im Café Sander, Böhlaus. Der für Sonnabend, 29. Januar, angekündigte Vortragsabend findet erst im März statt.

Schwimmerverein „Wetzig“, Gruppe Ost, Kleinnaundorf,
Donnerstag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, im Café Kleinnaundorf wichtige Mitgliederversammlung. Alle Wasserballspieler müssen erscheinen.

Arbeiter-Schühend, Bezirk Dresden, Am 30. Januar
3 Uhr bei Trommler, Eitenberger Straße 15, Bezirkstag. Tagesordnung: Berichte, Jahresprogramm und Beiträge 1927, Gau-gründung, Anträge, Neuwahlen und Sonstiges.

Operantokursus Zwickau, Der Kursus für Anfänger
beginnt endgültig den 27. Januar, abends 7 Uhr, in der Schule zu Zwickau „An der Aue“, Zimmer 4. Kursusbeginn ist Donnerstag, der zu zahlende Kursusbeitrag dient nur zur Deckung der Unkosten, Lehrbuch, Zimmermiete usw. Einige Kursusneulinge können sich noch nächsten Donnerstag bei Beginn des Kursus melden. Anmeldebüro nimmt auch Gen. R. Seltzer, Zwickauer, Lindenstr. 4, entgegen.

Verjammlungsfolender

Kommunistische Partei

Zellenbelegiertenkonferenz

am Mittwoch, den 23. Jan., abends 7.30 Uhr, im Körnergarten. Thema: Die Ergebnisse des erweiterten Offiz. Ref. Gen. Welt. Organisations- und Informations.

Ortsgruppenversammlung am Freitag, den 28. Januar, im Partei-
bureau, abends 7 Uhr. Die Kommissare der W müssen anwesend sein.

Engere BG, Mittwoch, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr
im Parteibureau Teilungsitzung.

Reinhold-Werk, Kaufmannsamt am 26. Januar fällt aus. Der
selbe ist Sonntag, den 30. Januar, vormittags im Bürgerhof.

Dienstag, den 26. Januar:

Reich, 7.30 Uhr im Gashof Ulrich Mitgliederversammlung.

Mittwoch, den 26. Januar:

Erwerbslose Parteigenossen und KAW-Kameraden im Stadt-
Lobtau treffen sich Mittwoch nachmittags 2 Uhr im Bürgergarten in einer wichtigen Versammlung.

Stadtteil Südwest, 8 Uhr Bürgergarten Kaufmannsamt.

Kleiner-Ost, 8 Uhr abends Zellengruppenversammlung
bei Gühr.

Freitag, den 28. Januar:

Kloppsch, Heileran, Rühnk, Wilsdorf, 8 Uhr bei Hille
Funktionärsitzung.

Kommunistischer Jugendverband

Mittwoch, den 26. Januar:

Südwest, 7.30 Uhr Kaufmannsamtversammlung beim Genossen
Dulak Helmut, Hamburger Str. 63. Alle Funktionäre haben zu erscheinen.

Roter Frontkämpferbund

Abteilung, Buch verloren! Das Mitgliedsbuch Nr. 1097, lautend
auf den Namen Franke, ist verloren worden. Es ist bei
Aufsuchen einzulösen und der Gausführung abzuliefern.

Mittwoch, den 26. Januar:

Ortsgruppe Zwickau, Infolge Gemeindevorordnetenentscheidung fällt
heutiger Abend aus. Nächsten Mittwoch Schulungsabend.

Ortsgruppe Wahren, Abends 8 Uhr in der Klosterstraße
Wahlversammlung.

Rote Jungfront

Dienstag, den 25. Januar:

Abteilung 5 Neust.-West, Abends 7.30 Uhr im Bürgerhof, Vortrags-
abend, Mitgliederversammlung. Neuwahl der RJ-Führung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Donnerstag, den 27. Januar:

Ortsgruppe Zwickau, Abends 7.30 Uhr im Gashof Zwickau
mit Unterhaltungsabend. Lieber zur Route, Theaterstück: Kaffeetrinken. Frauen und Mädchen, erscheint in Masken!

Öffentliche Bekanntmachungen

— Freitag —
Öffentliche Sitzung
der Stadtverordneten zu Freitag
Donnerstag, den 27. Januar 1927, abends 7 Uhr
im Rathaus.
Freitag, am 22. Januar 1927.
Der Stadtverordneten-Vorsitzer,

Öffentliche gemeinschaftliche Sitzung
des Rates und der Stadtverordneten,
Donnerstag, den 27. Januar 1927, abends 7 Uhr
im Stadtverordneten-Sitzungslokal,
unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers,
Tagesordnung:
Beratung des Vorschlags des Einigungs-Ausschusses, Fest-
setzung des Zuschlags zur Grund- und Gewerbesteuer seit.
Freitag, am 22. Januar 1927.
(gez.) Dr. Webberkopf,
Oberbürgermeister.
(gez.) Wegl,
Stadtverordneten-Vorsitzer.

Dresdener Volksbühne E. V.

10. Sinfonie-Konzert

Morgen Mittwoch, 16. Jan., 8 Uhr, Gewerbehau
Leitung: Eduard Mücke (Orchester, Dresdner Philharmonie)
Solist: Prof. Berland Rath (Klavier)
Dem Gedächtnis Mozarts (geb. 25. Jan 1756)
I. Mozart, Serenade Nr. 4, D-Dur
II. Soloviolone, Stefan Frankel, 2 Soloviolone, Simon Goldberg
III. Mozart, Konzert I. Klavier u. Orch., D-Moll
III. Strauss, Sinfonie Nr. 2, D-Dur
Konzertlokal Julius Blüthner, Prager Straße 12
Die Mitglieder werden ersucht, die Filialkonzerte zu besuchen:
Freier Kartentrunk für Nichtmitglieder nur bei P. Ritz,
Seestraße 21, sowie an der Abendkasse à M. 3.—.
Freier Kartentrunk für nichtabwesende Mitglieder in der Ge-
sellschaftslokal, Schloßstr. 34, III-2 (Uhr) und an der Abendkasse
Mitglieder, Studenten, Schüler, Lehrer, Lehrlinge, Jugendzade
und Reichwehrentschädigte erhalten gegen Ausweis Gedenk-
karte à 75 Pf. an der Abendkasse.
Aulgerufene Halbtaxen 4001-4500 und Anrecht A

Alle Lebensmittel

billig
Wilm. Baeger
PIRNA

Theater am Wasaplatz

Mittwoch, den 25. Jan. mit 6. abend,
Freitag, den 27. Januar, mit 5. abend:
Veronika
Ein Frauenstück in 4 Akten von Hans Halls
21. Urauff. 61. u. 62. Abend
Sonntag, den 30. Januar, nachm. 4 Uhr
Schneewittchen u. die 7 Zwerge
Abends 8 Uhr:
Veronika
Freitag, den 31. Januar, 8 Uhr abend:
Veronika

Werbt neue Abonnenten!

Verband für Friedenkertum und Feuerbestattung E. V. Berlin
(Mitglied der Internationale prof. Friedenkert)
An nachfolgenden Tagen finden
öffentliche Vorträge
mit Lichtbildern statt über das Thema:
Was geschieht nach unserem Tode?
Am Dienstag, den 25. Januar 1927, abends 8 Uhr, in
Oststr. „Stadt Dresden“
Am Mittwoch, den 26. Januar 1927, abends 8 Uhr, in
Niederoderwitz, „Dörsches Haus“
Am Donnerstag, den 27. Januar 1927, abends 8 Uhr,
in ert. str. „Linshof zum Siran“
Am Freitag, den 28. Januar 1927, abends 8 Uhr, in
Jonsdorfer „Zur Dommschänke“
Am Sonnabend, den 29. Januar 1927, abends 8 Uhr,
in Zittau, „Zum schwarzen Adler“

Solinger Stahlwaren
die beste Qualität
aus dem besten Eisen
Beste deutsche Arbeit
Georg Küster, PIRNA

Tymians Tælie

Das **Thalia-8**
einziges wirkliche Theater
Volkstheater Dresden
Vorzugskarten außer Sonntag gilt

ANZEIGEN

haben den denkbar
besten Erfolg in der
ARBEITERSTIMME

Nähmaschinen

18 Marken für Haus
und Gewerbe verkauft
gegen 3-Mark-Wochenraten
Auf Wunsch
ohne jede Anzahlung.
Offerten unter A. 110 an
Erbsenstr. dieses Blattes.

Stimmung Stimmung

D' Wiener Kinder
täglich im
Schlosskeller Baulzen

+ **Sind Sie leidend?**
Gebrauchen Sie diese Kräuter-
Mischung (erfolgreich). Gesundheitsfördernd
ist Ihnen sicher.
Wm. Urban, Zittau, Rossplatz 17.

Gloria Palast

LICHTSPIELE
Schandauer Straße 11
(Strahlföhne: 6, 11, 19 und 20)
Ab Dienstag, den 25. Januar
Ossi Oswald und Harry Liedtke
in dem siebenaktigen Schauspiel
Eine tolle Nacht
Der größte Lacherfolg im Emelka-Palast Berlin
Hierzu: Ein reichhaltiges Beiprogramm
mit der Neuesten Emelka-Wochenschau
Sonntags: 4, 11, 19 Uhr
Werktags: 6 und 11 Uhr